

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 8.- Reichsmark octavo schöner. Unter Kreuzband für Deutschland, Belgien, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das Ausland 5.50 Reichsmark, pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der wichtigsten Sonnenspiegel „Soll und Sein“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Reizmittel“, „Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“ und „Wort in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklameweile 5.- Reichsmark. „Meine Anzeigen“ das feinstdruckte Wort 25 Pfennig (einschl. zwei feinstdruckte Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Reklamewort Zeile 40 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Einsetzen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eintreffen. Bestellungen von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 9. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Hauptgeschäft: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Auguststraße 1 und 2, Berlin SW 68; Distrikto-Geschäft: Dönhofsche Eisenstr. 2.

Rechtsregierung und Arbeitszeit.

Kleine Zugeständnisse statt eines allgemeinen Notgesetzes.

WTB. verbreitet zur Arbeitszeitregelung folgende amtliche Mitteilung:

Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des bestehenden Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken, Metallbetrieben und in der Glasindustrie auf acht Stunden beschränken. Anlässlich dieses Beschlusses gab das Kabinett ferner seine Bewilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Regierungserklärung bereits angekündigten Notgesetzes über die Arbeitszeit.

Seit dem Bestehen der geltenden Arbeitszeitverordnung, also seit über drei Jahren, fordern die Gewerkschaften eine weitgehende Milderung des § 7, damit wenigstens für die hier von ihnen, besonders gefährdeten Arbeitnehmergruppen der Achtstundentag gesichert wird. Das ist wiederholt gesagt worden. Jetzt endlich soll wenigstens für einen weiteren Kreis die Anwendung erfolgen. Wir können uns mit dieser äußerst bescheidenen Ausdehnung nicht zufrieden geben. Das von den Gewerkschaften geforderte Notgesetz verlangt die Sicherung des Achtstundentages für alle Arbeiter und Angestellten. Davon ist in dem Beschluss des Reichskabinetts keine Rede. In diesem entscheidenden Punkte ist der Beschluss des Kabinetts ebenso dunkel gehalten wie die Regierungserklärung, die nur davon sprach, daß auch im übrigen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt werden sollen. Wahrscheinlich will sich die Bürgerblockregierung damit begnügen, die Straffreiheit der Unternehmer einzuschränken, die bei Leistung sogenannter freiwilliger Mehrarbeit bestraft werden.

Angesichts solcher Pläne gewinnt die Aktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhöhte Bedeutung. Sie hat den Entwurf der Gewerkschaften als Initiativgesetz im Reichstage eingebracht und fordert seine Verabschiedung als Mindestmaß eines annehmbaren Notgesetzes. Es wird sich bei

der Beratung zeigen, ob die Bürgerblockregierung ernsthaft bereit ist, den Achtstundentag in Deutschland gesetzlich zu sichern.

Mißmut unter den Zentrumsarbeitern.

Köln, 8. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Der schon seit längerer Zeit in der Kölner Zentrumsgruppe bestehende Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Angehörigen des Zentrums hat sich infolge der jüngsten Vorgänge, wie zum Beispiel bei der Besetzung des Kölner Regierungspräsidiums und bei der Neubildung der Regierung so zugespitzt, daß jetzt von katholischen Arbeitern die „Rheinische Zeitung“, unser Kölner Parteiblatt, benützt wird, um gegen die beiden offiziellen Zentrumsblätter in Köln zu polemisieren.

Am Dienstag veröffentlichte die „Rheinische Zeitung“ gleich zwei Zuschriften aus katholischen Kreisen, in denen der Unmut der Linksschichten im Zentrum deutlich zum Ausdruck kommt. In einer dieser Zuschriften wird gesagt, daß sich bald zeigen müßte, welche Früchte die Paarung der katholischen mit der kapitalistischen Weltanschauung zeitigen wird. Man solle das Ergebnis dieser Paarung abwarten, dann aber sei eine klare Entscheidung zu treffen. Wenn die Zentrumsfraktion nicht den Mut zu einer solchen klaren politischen Linie aufbringe, sei sie nicht mehr des Vertrauens ihrer Wähler wert.

Eine zweite Zuschrift in der gleichen Nummer des Blattes wirt den beiden Zentrumsblättern, der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Rheinischen Volksmacht“ vor, daß sie über die Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumsgruppe, die hinter verschlossenen Türen geführt wurden, zwar rede, die Deffinitheit aber irreführend informiert habe. Die Berichterstattung der Zentrumspresse, so heißt es, entspreche weder dem tatsächlichen Verlauf noch der Stimmung, die in diesen internen Versammlungen zum Ausdruck komme. Der Kampf in der Zentrumsgruppe sei noch nicht zu Ende, sondern er werde weitergehen. Der demokratische Volksstaat müsse leben, selbst wenn Parteigruppen sterben müßten.

Faschismus und Gewerkschaften.

Eine Orientierung nach links?

Von der italienischen Grenze wird uns in Ergänzung früherer Mitteilungen geschrieben:

In italienischen Faschistenkreisen preist man die am 2. Februar veröffentlichte Erklärung der Gewerkschaftsführer als einen neuen Sieg des Faschismus, als die Erwerbung einer feindlichen Position erster Ordnung. In gewissem Sinne ist dieses Siegesgeheul berechtigt. Männer, die viel Anhang in den Massen haben und die Recht hohes Ansehen genießen, geben ihre feindliche Stellung gegenüber dem Faschismus auf und erklären sich bereit, sein korporatives Experiment zu unterstützen. Das ist keine kleine Errungenschaft, besonders, wenn man bedenkt, was der Faschismus den Gewerkschaften zugesagt hat, wieviel Trümmerhaufen von Gewerkschaftshäusern, wieviel gestohlene Verbandsvermögen und wieviel Leiden zwischen der freien Arbeiterorganisation und dem herrschenden Regime stehen.

Nun ist aber die Erklärung der Gewerkschaftsführer das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Gewerkschaftsvertretern. Bei diesen Verhandlungen waren natürlich für beide Teile ihre Zwecke und Ziele ausschlaggebend. Mussolini sieht seit langem, daß ihm die Männer fehlen, um leistungsfähige Organisationen zu bilden und zu leiten. In allen Ecken und Enden macht sich das Mißtrauen gegen die Geschäftsgebarung der Führer der faschistischen Syndikate geltend. Ein Teil von ihnen sind geradezu berüchtigte Lebemänner, die die sozialen Probleme in eleganten Restaurants, beim Rennen und in Gesellschaft von Kurtsanen zu ergründen suchen. Weiter berechnet Mussolini den Einfluß, den es im Ausland haben wird, die Männer der Konföderation ihren Frieden mit dem Faschismus machen zu sehen. Er umwarb also die einst Verfolgten, weil er sie brauchte, um ihrer Fähigkeit und Rechtschaffenheit wegen und als Aushängeschild seiner Firma „zum sozialen Frieden“.

Warum aber haben sich die Gewerkschaften umwerben lassen? Sicher nicht um ihrer persönlichen Sicherheit, ihres persönlichen Ehrgeizes oder Vorteils willen, denn wer in diesen Punkten sterblich war, der hat längst unter den Fittichen des Faschismus Schutz gesucht. Diese Männer, die heute in vielen Kreisen unserer Bewegung sehr streng beurteilt werden, sehen in der offiziellen Annäherung das einzige Mittel, noch in irgendeiner Weise unter dem Protektorat und für das Protektorat zu wirken. Sie glauben, in die faschistischen Korporationen einen modernen Geist tragen zu können, rechnen darauf, die aus den freien Gewerkschaften in die faschistischen Gilden getriebenen Genossen schützen und ihnen ein Rückhalt sein zu können.

Sicher ist, daß man ihnen Zusicherungen gemacht hat im Sinne einer gewissen Selbstverwaltung der heute ganz autoritärlich von oben regierten Korporationen. Bei der scharfen Spannung zwischen der Monarchie und Mussolini, die sich namentlich an die Veröffentlichungen Cesare Rossis in den Pariser „Quadern“ anschließt, ist es durchaus begreiflich, daß Mussolini wieder einmal den Versuch macht, sich nach links zu orientieren. Da er in seinen Reihen keine Männer hat, die das Vertrauen der Massen genießen, keine, die mit den Arbeitern anders umzugehen wissen als mit der Reiterpeitsche, braucht er Leute aus dem feindlichen Lager. Und die jetzt aufgelöste Konföderation der Arbeit stellt sie ihm, in der Zuversicht, dadurch dem Protektorat zu dienen.

Da wir auf Grund unserer langjährigen Kenntnis der Männer, die soeben den schweren Schritt der Annäherung an den Faschismus getan haben, jedes persönliche Motiv unbedingt ausschließen müssen und als undiskutierbaren Ausgangspunkt jeder Diskussion die lauteste Absicht voraussetzen, den Faschismus und der Arbeiterbewegung zu dienen, so kann sich die Kritik des Schrittes nur um die Frage drehen: Wer gewinnt bei dem Handel? Und die Antwort lautet für uns entmutigend: Der Faschismus gewinnt.

Denn die Arbeiterbewegung gibt ihm, was er nicht hat, was er gewissermaßen, der Definition nach, nicht haben kann: rechtsschaffene und tüchtige Männer, die die Sache über die Person stellen. Die bestmögliche und vergewaltigte Gewerkschaftsbewegung gibt von dem Wenigen, was sie gerettet hat, für einen Teil des Ansehens, der Achtung und der Liebe, die ihr die Massen zollten, in das feindliche Lager über. Sie stützt das wankende Gebäude der faschistischen Syndikate durch die letzten ideellen Säulen, die der Verwüstung getrotzt hatten. Der Faschismus erstarkt und brüstet sich seiner Fähigkeit, alles in seinen Bannkreis zu ziehen. Die Massen aber bleiben verduht und verwirrt stehen, weil sie ihre Führer, die einst an der Seite Matteottis gekämpft haben, heute mit dessen Mördern paktieren sehen. Es will uns daher scheinen, als seien auch diesmal die Arbeiter die Geprellten. Mussolini braucht heute Führer, um durch sie ein paar moralisch und technisch minderwertige Führer zu verdrängen. Die verachteten und verachteten

Keudell soll bleiben!

„Herr Marx hat etwas gut zu machen.“

Die Hugenberg-Presse hat gestern früh von der Sozialdemokratie verlangt, sie solle „mit dem Hut in der Hand ehrfurchtsvoll“ vor Herrn v. Keudell stehen. Gestern Abend wandte sich dann der „Berliner Total-Anzeiger“ mit einem ähnlichen Ansuchen an den Reichstagskanzler Herrn Marx. Er schließt seinen Artikel mit der etwas diktatorisch klingenden Aufforderung:

Herr Marx hat da nach seinem keineswegs glorreichen Auftreten am Sonnabend etwas guizumachen.

Mit ihrer Aufforderung an die Sozialdemokratie wird die Hugenberg-Presse ganz bestimmt sein Glück haben. Etwas anders sieht es vielleicht mit dem Reichstagskanzler, Herrn Marx. Sein „keineswegs glorreiches Auftreten am Sonnabend“ besteht darin, daß er eine Untersuchung gegen seinen neuen Ministerkollegen angekündigt hat. Vielleicht hat der „Berliner Total-Anzeiger“ recht — für die Zukunft. Wäre es nämlich richtig, daß das Zentrum jetzt schon entschlossen ist, eine Krise unter allen Umständen zu vermeiden und zu diesem Zweck Herrn v. Keudell zu halten, dann wäre die Untersuchung nur noch eine Farce, und der Ausgang wäre für Marx und das Zentrum wenig glorreich.

Auf keinen Fall wäre er mit den sehr selbstbewussten Tönen zu vereinbaren, die Herr Prälat Kaas jüngst in einer Versammlung in Biberach angeschlagen hat, in der er sagte:

Fragen Sie doch einmal auf Seiten der Rechten, ob sie diese zwei letzten Wochen der politischen Eheschließung als Blätterwochen bezeichnen kann? Eine Partei, die sich gefallen lassen muß, daß ein von ihr präsentierter Minister von uns abgelehnt wird, merkt, daß das Regieren keine Freude sein kann, und wenn der Fraktionsführer gezwungen wird, seine eigene Rede zu korrigieren, ist das keine Stärkung der Autorität. Als der Kampf um Herrn v. Keudell brandete und ihm vom Zentrum nur ein bedingtes Vertrauensvotum ausgestellt wurde, da hatte man das Gefühl, daß das Zentrum noch niemals so eindenklich und unerträglich seinen politischen Kurs eingehalten hat wie in diesen sturmbelegten Wochen.

Man wird Herrn Kaas bis zu einem gewissen Grade beipflichten können. Was die Deutschnationalen über sich ergehen lassen, war allerdings erstaunlich. Doch kommt es nicht auf den Anfang, sondern auf das Ende an, und uns will es scheinen, als ob das Ende der Zentrumshegemonie im Bürgerblock schon da wäre. Läßt sich das Zentrum tatsächlich mit dem Rapp-Landrat v. Keudell auf eine Galeere schmie-

den, so wird das ein eklatanter Sieg der Deutschnationalen sein, der ihr Selbstbewußtsein mächtig heben wird. Die von Herrn Kaas gerühmte „Unerbittlichkeit“ dauert eben nur bis zum nächsten Umfall, der sich, wie es scheint, schon in den allernächsten Tagen aus Anlaß des Falles v. Keudell vollziehen wird.

Der Reichstag wird bei Behandlung einer kommunistischen Interpellation und eines kommunistischen Mißtrauensantrags gegen v. Keudell noch einmal Gelegenheit haben, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, und dann wird das Zentrum ohne Vorbehalt entscheiden müssen.

Die Suche nach der Quelle.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte behauptet, daß das Material zu den Angriffen des Gen. Landsberg gegen v. Keudell vom preussischen Staatsministerium geliefert sei. Ministerpräsident Braun hat dem Blatt eine Berichtigung geschickt, in der er feststellt, daß das Ministerium dem Gen. Landsberg kein Material zur Verfügung gestellt hat.

Für den Panzerzug kann er nichts!

WTB. meldet: Die Mitteilung einer Korrespondenz, Reichsminister v. Keudell habe während des Rapp-Pulshes einen in Küstrin stationierten Panzerzug nach Bärwalde entsandt, entbehrt jeder Grundlage. Es handelt sich um eine Maßnahme des damaligen Kommandanten von Küstrin, die ohne Anregung und ohne Wissen des Herrn v. Keudell angeordnet ist.

Der Koalitionsstauffe.

Zentrumsärger über einen Regierungsbruder.

Wir veröffentlichten kürzlich den Brief des deutschnationalen Abgeordneten v. Stauffenberg an den württembergischen Staatspräsidenten Bagille, in dem der Schreiber in den gehässigen Wendungen sich über die Zentrumsgruppe und besonders ihren Anhang im Schwabenlande erging.

Jetzt hat in Biberach eine Sitzung des Landesauschusses der württembergischen Zentrumsgruppe stattgefunden, die sich mit dem Stauffenberg aus dem Koalitionslager beschäftigte und dem Briefschreiber bestätigte, daß er „schwerste Verletzungen der politischen Ehre des Zentrums und der persönlichen Ehre unserer Freunde im Oberland“ ausgesprochen habe. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Stauffenberg sich durch Zentrums-mißhandlung mancherlei Ehrenämter habe verschaffen lassen, ohne seine wahre Gesinnung zu zeigen.

Jetzt weist das Zentrum die Beschimpfungen, die sich der Freiherr leistet, „in einmütiger Verbundenheit“ zurück. Aber im Reichstag nimmt das Kabinett Marx auch die Stimme Stauffenbergs.

Gewerkschaftler sollen ihm einen Teil seines Augstalles reinigen helfen.

An eine auch nur einigermaßen in einem vernünftigen Verhältnis zur Gabe stehende Gegenleistung des Faschismus glauben wir nicht. Ohne Autonomie, ohne demokratische Verwaltung sind die faschistischen Syndikate nur Potemkinsche Dörfer. Der Faschismus kann ihnen keine Autonomie und Demokratie gewähren, weil er dadurch den Keim zu einer tatsächlichen sozialen Macht legen würde, die zu zerstören er als seine vornehmste Aufgabe angesehen hat. Obwohl der Faschismus so machtlos und doch so stark, kann man ihm das Faustsche Wort entgegenstellen: Was kannst du armer Teufel geben?

Die Arbeiterfeindlichkeit des Faschismus ist zwangsläufig. Er kann dem Proletariat nicht Bewegungsfreiheit zurückgeben, weil sie sich gegen das herrschende Regime lehnen würde. Er kann es nicht gegen den Druck des Unternehmertums verteidigen, weil er sich durch die mehrfache Auslieferung der Arbeiter den Kapitalisten für ihre Leistungen dankbar zeigen muß.

Wir leben in einem System kolossaler Größenwahn-sinniger Ausgaben und unerhörten Steuerdrucks. Man sagt, daß die Kapitalisten heute das Doppelte des Geldes, das sie für den „Sieg“ des Faschismus ausgegeben haben, opfern würden, bloß um den Faschismus wieder loszuwerden. Bei dieser Geistesverfassung im Unternehmern von Industrie und Handel ist gar nicht daran zu denken, sich diese Kreise noch durch Gewährung von Rechten an die Arbeiter ganz zu entfernen.

Der Faschismus kann also nicht nach links, auch wenn er wollte. Er kann nur nach rechts; er kann das ausgestammte Königtum nur durch ein von den Prätorianern ausgerufenes Kaiserium übertrumpfen, nicht durch eine vollstümliche Republik. Wir glauben, daß Mussolini unsere Gewerkschaftsführer auf einen verlorenen Posten gelockt hat, den er entschlossen ist, preiszugeben.

Schon jetzt ist das Organ der faschistischen Korporationen, „Lavoro d'Italia“ mit den Erklärungen der Gewerkschaftler unzufrieden und vermischt in ihnen „die Anerkennung“ des energischen und verantwortungsvollen Schutzes der Arbeiter, den die faschistischen Syndikate gewährt haben und weiter gewähren“. Für das Wort „Schutz“ ist „tutela“ gebraucht, was eigentlich Vormundschaft bedeutet; da ist wohl den Herren von den Syndikaten die Feder ausgerutscht. Wir wissen mehr von der Vormundschaft als vom Schutz, machen aber beileibe den Führern der Korporationen keinen Vorwurf daraus: man kann eine der Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, beraubte Waise nicht schützen. Das ist der entscheidende Irrtum des faschistischen Syndikalismus: die Arbeiter entwaffnet zu haben durch Zerstörung ihrer Organisationen und die Entwaffneten nun durch Gehehe schützen zu wollen. Das können eben die Syndikate nicht und werden es auch unter Mitarbeit der früheren Gewerkschaftsführer nicht vermögen.

Für uns steht es auch sehr dahin, ob die Zustände der Leiter der Konföderation zu einer Abrüstung im inneren Kriege führen werden. Aus dem Lande und in den kleineren vielleicht, wo die früheren Konföderierten heute dem Boykott und der Achtung unterliegen. Die Presse benutzt aber den Anlaß, um noch heftiger als sonst über die herzufallen, die sich nicht beugen wollen, besonders über die Ausgewanderten. Wir hoffen bestimmt, daß bei den langwierigen Verhandlungen, deren Wortführer vor allem Genossen Calda war, der Gewerkschaftler nicht vergessen wurde, die heute im Zwangsdomizil sind. Bei jedem Friedensschluß tauscht man die Gefangenen aus. Daß man an die Spitze der Provinz Bologna — d. h. als höchsten „Hierarchen“ der faschistischen Partei — jenen Regazzi gesetzt hat, der des Nordes an einem Gewerkschaftler von Molinella überführt worden ist, scheint uns auch ein Element, um diesen Friedensschluß den Arbeitern schwer verständlich zu machen.

Es verleiht das Gefühl vieler Tausender, zu wissen, daß Vorkämpfer im Ringen gegen den Faschismus die Waffen strecken. Aber man darf das Geschehene nicht nur vom Gefühlsstandpunkte aus bewerten. Unsere Gewerkschaftsführer glauben fest, den Interessen des Proletariats zu dienen, den Faschismus von innen auszuheilen. Sie wollen auch in diesen Zeiten politischer Sonnenfinsternis bei den Arbeitern sein, um Schulter an Schulter mit ihnen zu stehen, wenn wieder Tag wird. Mögen sie sich nicht verrechnen. Dann wollen wir auch nicht länger murren über die tiefe Bitterkeit dieser Stunde.

Auf in den Sportpalast!

Das arbeitende Berlin demonstriert gegen den Bürgerblock! Heraus zum Protest! Heraus zur Demonstrations-Versammlung am Donnerstag, 10. Februar 1927, abends 8 Uhr, im Sportpalast! — Redner die Reichstagsabgeordneten: Aufhäuser, Dr. Breitscheid, Dittmann, Marie Juchacz, Künstler, Scheidemann, Stampfer, Vogel-Kürnberg. Bezirksverband Berlin SPD.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin! Treffpunkt: 7 Uhr abends, Hochbahnhof Bülowstraße.

Und nochmals: Persönliche Hehe.

Wo sie ist und wo sie nicht ist.

Weil wir uns für die politische Vergangenheit des Mannes interessieren, der uns als Hüter der Verfassung beschert worden ist, zitiert die deutsch-nationale Presse über „persönliche Hehe“. Wir haben gestern an einem Beispiel — den Angriffen der „Hamburger Nachrichten“ auf den angeblichen Genfer Stellenjäger Marx — gezeigt, was persönliche Hehe ist. Es gibt aber auch Beispiele aus den allerjüngsten Tagen. Der beliebte „Berliner Blaudecker“ der deutsch-nationalen Presse ist Herr A. Stein, dessen mit dem Verfasser-namen „Kumpelstülzchen“ versehenen Artikel in der Provinz weit verbreitet sind. Ein solches Produkt finden wir u. a. im deutsch-nationalen „Chemnitzer Tageblatt“ vom letzten Sonntag abgedruckt; es handelt vom letzten Berliner Presseball und enthält u. a. folgende Stellen:

Reine größte Freude ist aber doch der „rote“ Genossenschaftlich vorn an der Logentampe im Marmoraal gewesen, wo Herr Gradnauer und Frau Bailauer den lebhaftesten Ton angaben und Frau Reichstagspräsident Löbe, die zu solchen seltenen Gelegenheiten von Breslau herüberkommt, mit einem Messer die Majonnaise für den vielen russischen Eier geschickt in ihren Mund zu löffeln verstand, ohne sich zu schneiden. Das ist nicht leicht. Aber man lernt's, wenn man schon im achten Jahre zur regierenden Kaste gehört. Einmal hat bei einer Staatsfeier Gelegenheit Hindenburg sie als Tischdame bekommen und ihr nachher korrekt die Hand geküßt. Das ist ihm von altemodernen Deuten verübelt worden. Aber warum denn? Soll er sich auf einmal anders benehmen, als er es schon als Kadett gelernt hat? Frau Löbe ist doch sonst eine kreutzbrunn Frau; und es hat in der alten Armee keinen Hauptmann gegeben, der beim Kampfnahel nicht den ersten Rang von der Frau Feldwebel erbat. Nur ist jetzt die Geschichte freilich ein bißchen durcheinandergekommen. In der Honoratiorenloge sitzt ein früheres Mädchen für alles, jetzt Frau eines deutschen „Diplomaten“, und schüttet sich andauernd Sekt in den Hals.

So was schmeckt dem deutsch-nationalen Provinzpopel in Glacéhandschuhen noch besser als russische Eier und Sekt. Frau Konfistorialrat Müller empfindet mit Stolz, daß sie weiß-

wie man Majonnaise isst, und Frau Inspektor Schulz denkt, was für eine Partie eigentlich sie hätte machen müssen, da sie doch kein „früheres Mädchen für alles“ ist, sondern aus allerersten Kreisen stammt.

Ueber diesen bürgerlichen Idiotenstolz könnte man lachen, wenn nicht die hässliche Gesinnung zu deutlich wäre. Führende Politiker, die aus dem Volk gekommen sind und die ihre geachtete Stellung ihrem Können und nicht ihrer Geburt verdanken, sollen getroffen werden, indem man über ihre Frauen verächtlichen Klatsch kolportiert.

Dann aber zitiert die Hugenberg-Presse, zu deren fleißigsten Mitarbeitern Stein-Kumpelstülzchen gehört, über „persönliche Hehe“, wenn die Presse der Opposition sich erlaubt, in das politische Vorleben eines neuen Ministers mit der Laterne hineinzupeilen.

Für die „gute Gesellschaft“, der anzugehören Stein-Kumpelstülzchen so stolz ist, ist es übrigens kennzeichnend, daß Leute seines Schlages in ihr geduldet werden.

Verlogen bis auf die Knochen!

Eine Fälschung der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ sucht den Eindruck zu erwecken, als ob in der sozialdemokratischen Partei Gegenläufige über die Bekämpfung des Bürgerblocks beständen. Sie zitiert Ausführungen des „Sächsischen Volksblatts“ in Zwickau unter der Überschrift: „Ein sozialdemokratisches Blatt gegen die Täuschungsmondober des Parteivorstands“. Am Schlusse zitiert sie:

„Sie streiten sich im Reichstag öffentlich herum und beweisen jeder für sich und für seinen Standpunkt, daß der andere der Heer-gelegte, der Betrogene sei. Einige aber sind sie in dem entscheidenden Punkte: Im Klaffen der Klasseninteressen der Bourgeoisie. Trotz aller schönen „Worte“ der Zentrumsführer ist die Regierung Marx eine Regierung des Bürgerblocks gegen die Arbeiter.“

In Wahrheit schrieb unser Zwickauer Parteiblatt:

„Einige aber sind sie in dem entscheidenden Punkte: Im Klaffen der Klasseninteressen der Bourgeoisie. Diese Tatsache hat Genosse Landsberg in seiner scharf oppositionellen Rede am Freitag klar herausgearbeitet und nachgewiesen, daß die Regierung des Bürgerblocks eine Klassenregierung ist, daß sich Zentrum und Deutsch-nationale bei der Bildung der Regierung auf den Rücken der Arbeiter geeinigt haben. Trotz aller schönen „Worte“ der Zentrumsführer ist die Regierung Marx eine Regierung des Bürgerblocks gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie hat daraus, wie Genosse Landsberg am Schlusse seiner Rede sagte, die einzig mögliche Schlussfolgerung gezogen: Sie stellt sich in dem vom Bürgerblock gewollten Klaffenkampf auf die Seite der Arbeiter gegen die Bürgerblockregierung.“

Die hervorgehobene Sätze hat die „Rote Fahne“ hinweggefälscht. Sie hätte sonst keinen Gegensatz zwischen Zwickau und dem Parteivorstand, zwischen Zwickau und Landsberg konstruieren können. Sie hätte nicht lügen können, daß die Sozialdemokratie den Bürgerblock nicht bekämpfen wolle.

Die Leute der „Roten Fahne“ können sich bei Hugenberg anstellen lassen.

Die Beamten der Reichskasse bleiben. Gegenüber anderslautenden Meldungen berichtet M.T.B., daß irgendwelche Veränderungen im Beamtenstande der Reichskasse nicht beabsichtigt sind.

Präsident Hauser, Landesoberhauptmann von Oberösterreich, ist nach langem, schwerem Leiden gestorben. Wir haben schon die Republik-treue und Anschließbegeristerung dieses Christlichsozialen hervor-gehoben.

Universitätsrat gegen Faschismus. Die medizinische Fakultät der Universität Rom hat den durch Mißbrauchs-gestützten Staats-präsidenten Grinius und den Führer der Freidenker, Schlin-pas, zu Ehrendoktoren ernannt.

Buchanzeige.

Von J. J. J.

Was gibt's denn neues auf dem Büchermarkt?

Aber bitte: die Ehrenrangliste, 1200 Seiten stark, umfassend 55 760 aktive Offiziere und 38 880 Offiziere z. D. und a. D., welche selbe Auskunft gibt: bei den gefallenen Offizieren über Zeit und Ort der tödlichen Verwundung, bei den lebenden über die letzte vom W.R. verliehene mobile Dienststelle und über die Verabschiedung oder Uebernahme in die Reichswehr, des fernern über den Er-dichtungs-termin der aufgestellten Truppenteile der alten Armee und über die Traditionsstruppenteile der Reichswehr, die die alte Ueber-lieferung fortsetzen.

Man sieht: Ein Buch, das eine Lücke ausfüllt, das ein dringend gegebtes Bedürfnis befriedigt, das einen sichtbar gewordenen Mangel beseitigen hilft, ein Buch, das in keinem gebildeten Bürgerhaus fehlen sollte. Mancher Siebzehn- oder Achtzehnjähriger, der damals, direkt von der Schulbank des Gymnasiums weg, in die Herr-schaften der Befehlsgewalt über Dreißig- und Vierzigjährige und gleichzeitig in die der Kasinoklubs aufstieg, manch ein Kasinobote mit dem einschmeichelnden Wesen und den guten Beziehungen, der am schönsten Tage seines Lebens die Gpauketten von seinem Landes-herrn verliehen bekam... , manch einer fragte sich in besinnlichen Stunden seiner jetzigen Bedrücktheit, ob wohl allein die Erinne-rung bleiben würde an die süßseligen Jahre des Kommandierens und der Herausgehobenen. Die Ehrenrangliste gibt Antwort. Die Wirklichkeit verlungertes Schönheiten kann sie nicht wieder herauf-beschwören, aber das wenigstens kann sie, den Zustand von damals fixieren, ihn bannen in die Beständigkeit der Buchstaben.

O, auch andere Branchen als die militärische haben ihr Nach-schlagewerk, das dem Orientierungsbedürfnis der Volkswirtschaft gilt. Geht eine Firma pleite, so verschwindet sie aus der nächsten Auflage, und stirbt beispielsweise ein Schriftsteller, so streicht ihn selbstverständlich der nächste Kürschner. Aus der Ehrenrangliste wird kein Truppenteil wieder verschwinden und kein Offizier ge-strichen werden. Sie ist nicht benötigtes Adressenmaterial, sondern ein Denkmal sinnloser Eitelkeiten.

Jeder Beruf hat seine Solidariätsgedühle. Aber keinen anderen auf der ganzen Welt als den ehemalsiger Offiziere gibt es, der es sich auf 1200 Seiten osmotierte, wer alles zu irgend einem Zeit-punkt in der Vergangenheit zu ihm gehört hat. Grotesk, die Vor-stellung, daß Pelzwarenhändler, Redakteure, Archaischeifer, Rechts-anwälte, Retteure etwa in einem Schwelmslederband die Schicksale und Adressen ehemaliger Berufsgenossen verewigten. Das kommt und vergeht, und niemand findet etwas dabei. Nur die Offiziere, diese Zufallserscheinungen einer Epoche, die bringen sich heraus, die beschreiben es sich in Druckschrift, daß sie wer waren im Krieg, die schmuggeln ihre hunderttausend Namen, gleich als ob sie sie nicht

nur im Geburtsregisterinne besitzen, sondern als ob sie im Per-sönlichkeitsinne welche wären, in die Literatur der Nachwelt hinein. Glückselige Kaste das, die über irdischen Realitäten schwebt und der Flucht der Zeit mit der Ehrenrangliste in der Hand begegnet. Die politischen Erfordernisse haben ihnen lange den Laupfad gegeben, nun konzentrieren sie sich auf Papier und entdecken — jeder einzelne der hunderttausend — ihre Bedeutung darin, daß sie für wert be-funden wurden, in die Gesellschaft von immer den anderen 999 aufgenommen zu werden, deren Bedeutung so schon allein daraus hervorgeht, daß ihre Namen in einem Buch Aufnahme gefunden haben.

Dacqué in Berlin.

Es war eine Sensation der rechtsgerichteten mittelständischen Kreise Berlins, als auf Einladung der Buchhandlung Hapke u. Schmidt Edgar Daqué, Professor am Münchener Paläontologischen Museum, im überfüllten Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats seinen Vortrag über Abstammungslehre und Menschheitsalter hielt — eine Sensation und eine Enttäuschung.

Der von den gefühlsmäßig und politisch bestimmten Antisozia-listen und Antidarwinisten auf den Schild gehobene Forscher ent-sprach weder in dem ersten, lediglich wissenschaftliche Tatsachen vor-bringenden Teil des Vortrags den Erwartungen der Hauptmasse seiner Besucher, noch in dem zweiten Teil der Deutung dieser Tat-sache, indem er sich ausdrücklich sowohl gegen eine spiritistische und okkultistische, wie gegen eine religiös-dogmatische Auslegung seiner Deutung verwahrte. Dem mit den neueren Ergebnissen der Vor-weltkunde Vertrauten bot der erste Teil mit seiner vorzüglichen Darstellung an der Hand von Lichtbildern kaum etwas Neues. Wie Steinmann, Bestenböser, Abel u. a. kommt auch Daqué unter Auswertung der neueren Untersuchungen über die Fossilien zu dem Ergebnis, daß die konstruktive Idee Darwins und Haedels von einem allgemeinen Stammbaum aller Lebewesen nicht aufrecht-zuerhalten ist, und daß man einstweilen nur Entwicklung innerhalb einzelner Typen und Arten feststellen kann.

Das zweite Hauptergebnis ist, daß — wie u. a. auch Klatich und Bestenböser betonen — der Mensch einen außerordentlich alten Typus darstellt. Hier geht Daqué nun weiter wie jeder andere Fachmann, indem er es nicht für unmöglich hält, daß das Dasein des Typus Mensch bis in das Altertum der Erde hinaus-reicht, und daß wir zweifellos noch Reste des vortertiären, gar mesozoischen oder paläozoischen, also eines Menschen, der vor 50 Millionen Jahren lebte, finden. Hier setzt nun der neue Weg der Deutung ein, die Daqué in seinen in der Fachwelt wie in den kulturell interessierten Kreisen viel beachteten Schriften vertritt. Er ist der Ueberzeugung, daß bei dem uralten Typus Mensch die Ergebnisse aus sehr alter Erdgeschichte im Gedächtnis haften geblieben sind und in der Form der Sagen und Mythen ihren Ausdruck gefunden haben. So sieht Daqué in den Sagen Dinge von dokumentarischem Wert und stellt sich die Aufgabe, die Tatsachen der Vorweltkunde kritisch neben die Bilder der Sagen und Mythen zu stellen und aus dem Vergleich beider neuen Deutungsinhalt des Lebensinnes zu erhalten.

Der Fehlschluß dieser Deutung scheint mir vor allem darin zu liegen, das Daqué zwar die biologische Tatsache anerkennt, daß die Großhirnbildung des Menschen eine sehr junge Spezialisierung des Menschentypus ist, daß er trotzdem in den alten Formen des Typus Mensch Bewußtseinsinhalte, bewußtes und im Gedächtnis-Berankertes, Ergebnisse alter Erdgeschichte zurprücht, während nach den bisherigen biologischen Tatsachen nur bei hochentwickelten Groß-birnen solche Bewußtseinsvorgänge möglich sind.

Unbestritten ist das große Verdienst von Daqué, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die außerordentliche Bedeutung der vorgeschicht-lichen Zeit, auch auf seelischem Gebiet hingewiesen zu haben. Er begegnet sich hier, wenn auch in ganz anderer Richtung, mit der Schürarbeit von Siegmund Freud. Für die dogmatisch-religiösen, kirchlichen und kulturpolitisch rückständigen „Belange“ läßt sich aller-dings nur bei falscher Auswertung dieser neuen Forschungswege etwas herausholen.

B. Rische

Der Kappminister.

So hat kein Nationaler sich blamieren, so wird kein Monarchist je gepöpselt, daß er nicht Treu' der Republik geschworen, wenn er dafür in Amt und Würden rutscht!

Paris lohnt eine Messe: ein Bekenntnis der Lippen bringt Ministerstühle ein. Das fröhliche? — Es war ein Mißverständnis! Kinder, wer wird denn gleich so kleinlich sein.

Gewiß, er gab Quartiere den Olympien, und auch beim Kapp-Busch hat er mitgemacht. Nun, jeder hat am Stecken ein paar Klumpchen, — er hat sich wirklich nichts dabei gedacht.

Er schwört doch jetzt, die Republik zu schützen. Da soll man dankbar sein. Voh sapperment! Kein anderer kann dabei wie er uns nützen. Der so genau die Umstrukturierung kennt.

Wenn Gott ein Amt gibt, der krümmt sich beizeiten, daß er auch gut hineingelangen kann. Wer als Minister nicht enttäuscht will scheitern, der ziehe einen dicken Schloß an.

Rich. von Bindenbenden.

Die cappella-Verelungung des Berliner Volkschors (Dir. Dr. G. Rander) veranlaßt unter Mitwirkung von Sven Schlander am 13. abends 8 Uhr, im Saale der Singakademie, im Kallanien-waldchen, einen internationalen Volksliederabend, bei dem zahlreiche Volkslieder aus der neuen Gesamtausgabe des Arbeiter-Sängerbundes zur Veranstaltung gelangen. Abendkasse um 7 Uhr.

Profesor Guban Mayer bleibt im Reichsrat. Der Reichspräsident hat das bisherige Mitglied der Historischen Kommission für das Reichs-archiv, den um die Geschichte des Sozialismus verdienten Professor Guban Mayer, dessen Mitgliedschaft am 27. Januar 1927 abgelaufen war, erneut zum Mitglied der Kommission für fünf Jahre berufen.

Der „Satanpakt“.

Aus dem Tollhaus deutschnationaler Politik.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Damespakt und die Locarno-Verträge mit ihrem Eintritt in die Regierung anerkannt. Die kleinere deutschnationale Presse vermag dieser Tatsache nicht zu folgen. So veröffentlicht die „Deutschnationale Tagespost“, das amtliche Organ des Deutschnationalen Landesverbandes Berlin, einen Artikel unter der Überschrift „Der Satanpakt“, der von Anfang bis Ende eine vernichtende Kritik der neuen deutschnationalen Politik darstellt. Hier sind einige Proben davon:

Die Wurzel alles Übels ist die unfassbare Bereitwilligkeit der deutschen Regierungen, alle, auch die äußersten Tributforderungen der affizierten Raubmächte zu erfüllen. Um den Friedenswillen des deutschen Volkes zu dokumentieren, unterschrieben sie auch das Todesurteil des deutschen Volkes, das in dem sogenannten Dames-Pakt zusammengefaßt wurde. Diesem umfangreichen Schriftstück läßt sich nur ein Buch würdig an die Seite stellen, ich meine den mittelalterlichen „Hegenhammer“, den Seltsamen zur Hinrichtung der „Teufelsbräute“. Ein langsames Zu-Tode-Verurteilen unter heuchlerischer Maske christlicher Nächstenliebe ist der Kern dieser beiden Schanddokumente.

Die Verräter des Dames-Gutachtens, die den Wiederannasmen der „Schandurteile“ erhielten, haben sich als die abgefeimtesten Henkersknechte unter der Sonne erwiesen.

Zu diesen abgefeimten Henkersknechten gehören aber, was in dem Artikel ausdrücklich festgestellt wird, die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, die durch ihr Ja-Wort, diesen Pakt mit dem Satan besiegelt haben. Zu ihnen gehört jetzt die gesamte Deutschnationale Partei, die mit einem freudigen Sprung auf den Boden der Tatsache gehüpft ist, nachdem sie für diesen Satto ihre vier Minister-fige erhalten hat.

Das Reich hat sich aller Hoheitsrechte entäußert, die jeder kleine Mittelstaat zur Existenz braucht. Alle Reichstags-Resolutionen können durch einen Federstrich des Dameskommissars außer Kraft gesetzt werden. Die Reichsbank ist nur noch eine Filiale der Morgan-Bank. Der gesamte Reichshaushalt dient den Geldschränken der Wallstreet.

Aber dieser Satanpakt ist auch ein Verrat an den Bayern, wie man zwischendurch lesen kann:

Was soll der Bauer mit dem Land, das er im Schwelch seines Angehts bestellt und das ihm nicht nur nichts, sondern nur dauernd steigende Verluste einbringt? Aus bitterster Not muß er den Besitz seiner Väter weit unter Wert verschleudern, um dann selber den Bettelstab zu ergreifen und das Riesengeheer der Arbeiterlosen vermehren zu helfen, die Arme der Todgeweihten.

Ein Stück aus dem Tollhaus — so nenn ich das Blatt den Damespakt, der jetzt ein wesentlicher Bestandteil der deutschnationalen Politik geworden ist und den nicht nur ein deutschnationaler Finanzminister, wie Herr v. Schlabden, zu erfüllen bestrebt war, sondern dessen Verpflichtungen er in seinem Steuerfanatismus noch freiwillig um 500 Millionen Mark erhöht hat. Ja, es ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus, wie die Deutschnationalen eine Politik treiben, die von ihrer eigenen Presse als verbrecherisch und satanisch hingestellt wird.

Die portugiesische Revolution.

Ausdehnung der Bewegung. — Eisenbahnerstreik.

Paris, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen den offiziellen portugiesischen Nachrichten, die bereits das Ende der revolutionären Bewegung in Portugal verkündeten, beweisen die im Laufe des Dienstags in Paris eingelaufenen Meldungen, daß nicht nur die revolutionäre Bewegung sich ausdehnt, sondern auf Lissabon übergegriffen und einen außergewöhnlich energiegelassen Charakter angenommen hat. Das Kriegsgeschehen im ganzen Lande verläuft unruhig. Der gesamte Eisenbahnverkehr ist unterbrochen, da die Eisenbahner in den Streit getreten sind. Trotz der strengen Zensur hat man den Eindruck, daß die Bewegung die gefährlichste ist, der das bisherige Regime seit seiner Begründung zu begegnen hatte. Demgegenüber haben die Aufständischen in Oporto, das in ihrer Hand zu sein scheint, ein Manifest veröffentlicht, in dem sie erklären, sie hätten die Absicht, „in enger Zusammenarbeit mit dem Volke und der Armee die republikanische Regierung wieder herzustellen“. Es ist angeblich bereits eine provisorische Regierung in Oporto, die weiß aus Anhängern der Linksparteien besteht, gegründet worden.

Drei große Lissaboner Zeitungen sind von der Regierung verboten worden, weil sie die Zensur nicht beachteten. Gleichzeitig läßt die Regierung erklären, daß sie alle Maßnahmen getroffen habe, um den Ausbruch eines revolutionären Streiks in der Hauptstadt zu verhindern.

Im vergangenen Jahr jagte in Portugal ein Fuisch den anderen. Der politische Szenewechsel war dort beinahe noch häufiger als in Griechenland oder in der SPD, wo bekanntlich der Verbrauch in Führergarnituren auch nicht gering ist. So hat man schließlich aufgehört, sich für die portugiesischen Revolutionen zu interessieren, zumal die jeweils aus Lissabon gelangte Partei stets von sich behauptete, daß sie die demokratisch-republikanische und ihre Gegnerin die reaktionäre sei. Das ist auch beim neuen Fuisch der Fall: Die bisherige Regierung erklärt, daß sie das republikanische Regime verfolge, das gleiche behaupten aber auch die Revolutionäre, die in einer Rundgebung bekanntgeben, daß die republikanische Armee unter Mitwirkung der Bevölkerung die Republik wieder hergestellt habe. Soweit ist klar, daß die Monarchie in Portugal endgültig ausgespielt hat und daß keine fortschreitende Partei die Rückkehr des vor 15 Jahren gestürzten Königs Manuel zu propagieren wagt. Dagegen hat es den Anschein, als ob es sich bei diesen ewigen Fuischen nicht nur um die Kluft zwischen machthungrigen Militärs, sondern auch um Kraftproben zwischen faschistischen Elementen und demokratischen Parteien handelte.

Im vorliegenden Fall gewinnt man den Eindruck, daß die Revolutionäre, die in Oporto bisher gesiegt haben und deren Bewegung auscheinend auch in Lissabon Fortschritte macht, tatsächlich den demokratisch gestimmten Teil der Bevölkerung verkörpern, während die zuletzt am Ruder befindliche Regierung unter Führung des Generals Carmona faschistisch-militaristischen Anschauungen huldigt. Für diese Auffassung spricht die Tatsache, daß unter den Mitgliedern der neuen Revolutionsregierung sich Alfonso Costa befindet, der in Europa seit der Errichtung der Republik in Portugal einen guten demokratischen Ruf besitzt. Costa war im März 1926 zum Präsidenten der außerordentlichen Session des Völkerbundes gewählt worden,

Kampf um die Notstandsarbeiten.

Käglich Erfolg der Regierungsmaßnahmen. — Daß Versagen der Reichsbahn. Neue sozialdemokratische Forderungen.

Seit Jahren führen unsere Genossen im Reichstags ein geradezu erbitterten Kampf um die Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen. Ihrem Bemühen hauptsächlich war es zu danken, daß im vorigen Jahre mit einem umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Plan aufgestellt wurde, für 500 000 Erwerbslose laufend Arbeiten aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu beschaffen. Die Durchführung dieser Aufgabe war so gedacht, daß jedesmal etwa eine halbe Million Arbeiter drei Monate lang beschäftigt werden sollte. Damit wäre erreicht worden, daß jeder der etwa zwei Millionen Erwerbslosen innerhalb eines Jahres einmal drei Monate Arbeit fand.

Das Ergebnis dieser Maßnahmen liegt nun in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums vor. Es ist geradezu käglich! Im Höchstfalle, und zwar im Mai vorigen Jahres, waren 170 000 Erwerbslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Ihre Zahl ist inzwischen auf 104 000 heruntergegangen, so daß das erhoffte Ergebnis nur zu einem Drittel bis herab zu einem Fünftel erreicht worden ist. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß wir nicht weniger als 130 000 Ausgesteuerte haben.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm am Dienstag zu dieser Denkschrift Stellung. Unsere Genossen Krüder-Merfeldt, Robert Schmidt und Krähig unterzogen die Ergebnisse der Regierungsarbeit einer sehr scharfen Kritik. Es wurde nachgewiesen, daß die Reichsbahn die billigen Kredite, die ihr das Reich gewährt hat, nicht in dem Umfange für Beschaffung von Arbeit angelegt hat, wie man das von ihr erwarten konnte. Von den 33 Millionen Mark, die zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten bewilligt wurden, sind erst 6 Millionen Mark verbraucht worden. Die Reichsbahn ist mit 8700 Kilometer Gleisumbauarbeiten im Rückstand gewesen. Es steht fest, daß man über das vorgesehene Programm hinaus nur 500 Kilometer hiervon in Stand gesetzt hat.

Die Ueberstundenwirtschaft in den Betrieben, die mit Notstandsarbeiten und Aufträgen aus Grund des Beschaffungsprogramms bedacht worden sind, ist noch immer tiefengroß.

Von dem Referenten Genossen Krüger wurde nachgewiesen, daß den Montagearbeitern bis zu fünf Ueberstunden ausgenützt werden, um ihnen dadurch Ersatz für nichtgezahlte Tagegelder oder Tarifföhne zu gewähren. Es wurde auch von dem Vertreter des Verkehraministeriums zugegeben, daß noch solche Uebergriffe vorkommen, im übrigen aber versprochen, daß die Reichsbahn alles tun werde, um Arbeit mobilzumachen. Aus der Steinbruchindustrie des Main-Taunus mußte berichtet werden, daß ein dortiger Unternehmer, anstatt deutsche Steinbrucharbeiter einzustellen, den Antrag gestellt hat, 500 Italiener einzuführen zu dürfen. Auch hier handelt es sich um Notstandsarbeiten, nämlich um das Ausbrechen von Steinen für den Straßenbau. Auf diesem Gebiete könnte weit mehr Arbeit geschafft werden, wenn die Bestimmungen über die Verwendung des Notstandskredits geändert würden. Diese Kredite dürfen nämlich nach der bestehenden Regelung nur zu zusätzlichen Arbeiten verwandt werden. Hat also ein Kommunalbezirk Pläne für Straßenbauten fertig ausgearbeitet, so darf er diese Arbeiten mit Notstandskredit nicht ausführen, weil das schon vorgesehene, aber keine zusätzliche Arbeit ist. Das führt dazu, daß vorbereitete Arbeit liegen bleibt, während Notstandsarbeit erst durch lange Vorbereitungen hergerichtet werden muß. Auch an dieser Stelle haben unsere Genossen sehr scharfe Kritik. Eine ähnliche Schuldigkeit liegt in der

Verschwendung von Millionen, die dadurch entsteht, daß kein genügender Hochwasserschutz eingerichtet wird.

Würden, die Millionen, die als Entschädigung für die Folgen des Hochwassers gezahlt werden müssen, zu einem gründlichen Hochwasserschutz verwandt, so würden sie in unserer Wirtschaft dauernden Segen stiften. Daß das nicht geschieht, ist zum großen Teile auf die von uns schon gerügten Kompetenzstreitigkeiten

auf der ursprünglich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden sollte. Bald nach seiner Rückkehr nach Lissabon erfolgte der erste militärische Fuisch, der seine Regierung vertrieb. Für die Annahme, daß die Sympathien der wertvollen Bevölkerung auf der Seite der Revolutionäre um Costa stehen, spricht auch die Tatsache, daß gleichzeitig mit der Revolution ein Eisenbahnerstreik im Süden und im Osten des Landes ausgebrochen ist.

Britischer Parlamentsbeginn.

Kampfrede Macdonalds.

London, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagmorgen 12 Uhr wurde die diesjährige Sitzungperiode der englischen Parlamente mit dem üblichen historischen Zeremonieell vom König eröffnet. Um 11¼ Uhr verkündeten 42 Kanonenschüsse die Abfahrt des Königspaares vom Buckingham-Palast. Alle diplomatischen Vertreter wohnten der Feierlichkeit bei.

Die Thronrede war ziemlich kurz. Sie betonte einleitend, daß England auch in Zukunft freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten zu unterhalten gedenkt, begrüßte den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und gab schließlich von dem Ende der Internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland Kenntnis. Der wichtigste Teil der Erklärung bezog sich auf den Fernen Osten. Hier betonte die Thronrede, daß die Entsendung britischer Expeditionskorps nach China lediglich den Zweck habe, das Leben der englischen Untertanen vor blutigen Ereignissen zu schützen, wie sie in Hankau vorgekommen sind. Wörtlich heißt es dann: „Ich und meine Regierung haben den ersten Wunsch, daß alle sich ergebenden Schwierigkeiten friedlich beigelegt werden. Die englische Regierung habe den chinesischen Behörden Vorschläge gemacht, die die öffentliche Meinung in China und der ganzen Welt davon überzeugen sollen, daß das englische Volk nur den Wunsch hat, die Gründe für berechtigten Beschwerden zu beseitigen, alle Verträge auf der Grundlage von Billigkeit und Gerechtigkeit zu erneuern und fernerhin die Beziehungen mit dem chinesischen Volk auf der Basis von Freundschaft und gutem Willen aufzubauen.“ Der übrige Teil der Thronrede beschäftigte sich mit innerpolitischen Angelegenheiten.

Im Unterhaus nahm als erster der Führer der Opposition,

Genosse Ramsay Macdonald,

das Wort. Er begann mit der Feststellung, niemals habe eine Thronrede deutlicher als die heutige gezeigt, daß die Ratgeber des Königs keine Ahnung gehabt haben, was sie dem König raten sollten. Aus der Thronrede geht hervor, daß die Regierung ihre Verpflichtungen bezüglich der Armenfrage, des vorliegenden Fabrikgesetzes, der Ratifikation der Washingtoner Konvention und der Aus-

weiten zwischen den einzelnen Trägern der sogenannten Hoheitsrechte zurückzuführen.

Der Bau der Landarbeiterwohnungen kommt auch nicht vom Fied.

weil sogenannte Werkwohnungen sehr wenig gebaut werden, es andererseits aber vermehrt wird, mit den Mitteln, die für die Landarbeiterwohnungen vorgesehen sind. Wohnungen für Handwerker auf dem Lande zu bauen. Unsere Genossen waren der Meinung, daß auch hier Wandel geschaffen werden müsse, vor allem durch Verbilligung des Zinsfußes für diese Kredite. Denn es ist unglücklich, aber wahr, daß heute, obwohl der Reichsbankdiskont schon längst auf 5 Proz. steht, der Zinsfuß für diese Wohnkredite noch immer auf über 7 Proz. gehalten wird. Unsere Genossen Robert Schmidt und Krähig zeigten in einer eingehenden Schilderung der technischen und ökonomischen Lage unserer Industrie, daß nur durch eine grundsätzliche Änderung der Produktionsweise auf eine dauernde Beseitigung der Erwerbslosigkeit hingearbeitet werden könne. Bis dahin müsse durch Bekämpfung der Ueberstunden und durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sowie die möglichste Verringerung der Arbeitsstunden erreicht werden. Es wurde schließlich von den sozialdemokratischen Ausschussmitgliedern folgende Entschliebung eingebracht, die dem Unterausschuss zur endgültigen Beratung überwiesen wurde:

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss erklärt zu der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, daß Tempo und Erfolg bei Ausführung der im Juli 1926 geforderten Maßnahmen durchaus unbefriedigend sind.

1. Die Reichsbahnarbeiten und die durch die Hergabe von Reichsmitteln ermöglichten Aufträge haben den geplanten Umfang bei weitem nicht erreicht, obwohl infolge der Geldknappheit der Reichsbahn diese Arbeiten sogar in verstärktem Umfange möglich gewesen wären. Der bauliche Zustand der Reichsbahn ist nicht wesentlich verbessert worden.

2. Der zur Verfügung stehende Wohnungsbaukredit des Reiches in Höhe von 200 Millionen Mark ist in ganz ungenügender Weise ausgenutzt worden. Das gleiche gilt von den Sondermitteln für den Bau von Landarbeiterwohnungen.

3. Die Förderung des Straßenbaues durch Zinsverbilligung ist in viel geringerem Maße erfolgt, als es die Aufgaben verlangen, die hier im Interesse der Verkehrswirtschaft zu lösen sind.

4. Siedlungen und Meliorationen sowie die Arbeiten gegen Hochwassergefahr sind unzureichend in Angriff genommen worden.

Der Ausschuss fordert daher:

Das Reich hat nachdrücklicher, als es bisher geschehen ist, auf die Reichsbahn einzuwirken, damit die verfügbaren Mittel sofort verwandt werden.

Die Belegung der Wohnbautätigkeit ist durch schleunige Verabschiedung des sich auf mehrere Jahre erstreckenden Planes für den Wohnungsbau und seine Finanzierung zu sichern. Dieser Plan muß für das laufende Jahr mindestens den Bau von 250 000 Kleinwohnungen umfassen.

Die Arbeiten bei Straßenbauten, Meliorationen, Siedlungen und beim Hochwasserschutz sind insbesondere auch durch Befestigung der behördlichen Kompetenzstellen zu beschleunigen.

Bei allen Aufträgen sind die Lieferfristen so zu gestalten, daß unter Vermeidung von Ueberstunden eine möglichst umfassende Neubesetzung von Arbeitskräften notwendig wird.

Die wichtigste Forderung, um neben der Arbeitsbeschaffung zur wirksamen Entlastung des Arbeitsmarktes zu gelangen, ist die schleunige Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes nach den Vorschlägen der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage ist aber auch entscheidend eine Frage der allgemeinen Wirtschafts- und Handelspolitik. Es wird deshalb eine Beschleunigung der Abschlüsse der Handelsverträge, insbesondere mit Frankreich, mit Polen und mit der Tschechoslowakei gefordert.

Die Thronrede hätte ein Bekenntnis zum industriellen Frieden enthalten. Niemand wüßte ihn mehr als die Arbeiterpartei: die Regierung Baldwin habe jedoch, wie aus den Reden hervorgeht, weder die politische noch die moralische Autorität, welche sie zu der Beseitigung gegen die Gewerkschaften ermächtigt. Die Antigerichtshofgesetzgebung der Regierung werde von der Arbeiterpartei für die Zeit der schärfsten Bekämpfung werden. Nachdem sich Macdonald im Sinne all seiner Reden in der vergangenen Woche zur chinesischen Frage geäußert, stellte er angesichts der Gerüchte über einen bevorstehenden offiziellen Bruch mit Rußland fest, daß nichts die britische Außenpolitik mehr erschweren könne als ein solcher Bruch mit Rußland.

Der parlamentarische Kampf gegen das in der Thronrede umrissene Programm der Regierung wird mit der Vorlage von zwei Anträgen der Arbeiterpartei, der eine bezüglich Chinas, der andere zum Gewerkschaftsgesetz eröffnet werden. Der Wortlaut dieser Anträge war am Dienstag Gegenstand der Beratung zwischen der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften.

Die Fraktion der Arbeiterpartei nahm in gemeinsamer Sitzung mit der Fraktion der Gewerkschaften von dem Eintritt des liberalen Abgeordneten Wedgwood Benn Kenntnis und beställigte ihn einstimmig als Mitglied der Arbeiterpartei. Benn war im Unterhaus Gegenstand lebhafter Diskussionen, als er zum erstenmal in den Reihen der Arbeiterpartei Platz nahm.

Ministerpräsident Baldwin

sagte zur Schanghai-Frage, alle dortigen ausländischen Gemeinden seien sich ganz klar darüber, daß eine Rußland im Falle einer Gefahr für die Ausländer außer Frage stehe, und dies werde die Frage des Schutzes auf. Baldwin verlas dann eine Entschliebung des Kabinetts, die betont, daß britische Truppen nur zum Schutz britischer Bürger und ihres Besitzes nach China entsendet werden.

Die polnischen Zustände vor dem Unterhaus.

London, 8. Februar. (Unterhaus.) Der Arbeiterabgeordnete B. C. C., der vor kurzem in Polen war, wies auf die Gefahr der Minderheitenfrage in Osteuropa für den europäischen Frieden hin. Nach einer Bezugnahme auf das riesige Heer Polens und seine enorme Bevölkerung sagte er, an der ganzen europäischen Seite der russischen Grenze würden die Weißrussen und Ukrainer unterdrückt und ihres Erwerbs beraubt. Sie befänden sich natürlich in einem Zustande der Aufregung, insbesondere angesichts der besseren Lage der Weißrussen und Ukrainer unter der Sowjetherrschaft. Bedeute trat für freundschaftliche Beziehungen Englands zu Polen in dieser Frage ein und sagte, der Völkerbund sollte untersuchen, ob Polen den von ihm gegenüber der weißrussischen und ukrainischen Minderheiten eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Himmelhische Weltepbummeler

In der Nacht vom 17. zum 18. Dezember wurde beim Dorentorwall in Bremen der Niedergang eines gewaltigen Meteorsteines gemeldet. Die Wucht des Einschlages war so groß, daß er ein metertiefes Loch in die Erde riß, ein untrügliches Dokument, daß er wirklich vom Himmel gefallen war. Da die geologische Wissenschaft den seltenen Fall erst untersuchen muß, so sind leider Einzelheiten über seine Größe und Beschaffenheit bisher nicht verlaubar. Zum besseren Verständnis des Gesellen, der sich als rechter Weltepbummeler aus seinen vorgezeichneten Bahnen verirrt und auf der Erde landete, sei diese Betrachtung über Meteore im allgemeinen niedergegeben:

Der Meteor auf Reisen.

Das Erscheinen von Meteoren ist nicht so selten wie ihr wirkliches Landen auf der Erde. Wir können sie nämlich bei klarem Himmel häufig als sogenannte Sternschnuppenfälle beobachten. Oft haben sie dann auch das Aussehen von Feuerkugeln beträchtlicher Größe und von ganz intensivem Lichtglanz, die an dem Scheitelpunkt der Luftperipherie plötzlich zerplatzen und in strahlenden Funken zerfallen. Ebenso scheinen die Sternschnuppen in ihrer schiefen abwärts gleitenden Bahn auf der Erde zu enden, doch es scheint nur so, denn sie berühren nur die äußere Grenze der Luftschicht unseres Planeten, in der das Ausleuchten der Meteore erfolgt. Dringen sie jedoch mit ihrer ungeheuren Schnelligkeit in unsere Atmosphäre ein, so stellt die Luft ihnen einen Widerstand entgegen, der wie bei einem liegenden Geschoss ihre Bahn verändert und hemmt, sie erglühen durch die Reibung und explodieren, um einen Augenblick später nach den irdischen Fallgesetzen von der Magnetkraft der Erde angezogen zu werden. Schon in diesem einfachen Vorgang liegt die Beruhigung für ängstliche Gemüter begründet, die annehmen, daß wir im Zusammenstoß mit anderen Himmelskörpern eine Erdkatastrophe zu gewärtigen hätten. Nur kleine Körper können es sein, kosmischer Staub, die sich aus dem Bonkreis der Kometen, die ebenso wie die Erde um die Sonne kreisen, absondern und verirren und irgendwo landen. Meist werden sie aber vorher schon, vor ihrem Einschlag von der durch Reibung erzeugten Luft aufgeschmolzen und zu Staub verzehrt. Selbst der Durchgang der Erde durch einen Komet, wie er mit bestimmter Sicherheit von den Astronomen berechnet wird, der jedesmal die Welt mit Unruhe und Unglücksahnungen erfüllt, stellt sich immer nur als einzigartiges grandioses Schauspiel eines großen Sternschnuppenfalles dar, wie es bei dem Bielischen Kometen am 27. November 1872 geschah. Das Fallen von Meteorsteinen war nicht häufiger als in anderen Zeitperioden.

Fallende Meteorsteine zeigen deutlich den Schmelzprozeß, den sie in der Nähe der Erde erleiden. Der Stein überzieht sich mit einer dünnen, schwarzen, glasigen Schmelzrinde mit fingermalartigen Eindrücken, die ihm das Aussehen von Schlacke gibt. Niederschläge am Tage zeigen sich oft unter donnerartigem Getöse in einem Rauchwölkchen, was ebenfalls auf die glühende Beschaffenheit der Meteoriten hinweist. Viele zerpringen vor dem Niederschlag in einzelne Stücke. Schon Humboldt wies die chemische Zusammensetzung ihrer Hauptbestandteile in unverkennbarer Uebereinstimmung nach. Sie weisen keinerlei chemische Elemente auf, die nicht auch auf der Erde vorhanden wären. Man unterscheidet in der Hauptsache Stein- und Eisenmeteoriten. Das fast in allen eingeprengte gediegene Eisen gibt ihnen einen eigentümlichen, aber deshalb nicht seltenen Charakter. Oxidationsprozesse haben nicht stattgefunden; immer ist das Eisen mit etwas Nickel gemischt. Der sogenannte „Blutregen“, der in früheren Jahrhunderten zu abergläubischen Vorstellungen Anlaß gab, ist nichts anderes als der pulverisierte Eisenstaub eines niedergegangenen Meteors. Sehr selten hat man Kohle in den Meteoriten gefunden, da diese ja als brennbares Produkt am ehesten bei dem glühenden Niederfall vernichtet wird, immerhin aber ist sie nachgewiesen worden. Sie ist der einzig existierende Beweis für die Vermutung, daß es auf anderen Welten organisches Leben gibt.

Andererseits hat das Vorkommen von Kohle und die Uebereinstimmung der chemischen Zusammensetzung der Meteorsteine mit den chemischen Elementen der Erde Jahrhunderte hindurch die wissenschaftliche Behauptung gestützt, sie wären ein Bestandteil unserer Erde selbst und in einem weit entlegenen Zeitraum durch vulkanische Eruptionen in den Weltraum hinausgeschleudert, in dem sie nun mit der Erde die gleiche Bahn durchfliegen. Durch die Periodizität der Sternschnuppen und durch genaue Kenntnis der Meteorbahnen ist diese Ansicht als unrichtig widerlegt worden. Andere Forscher behaupten, die Meteoriten rührten aus Auswürfen der unserer Erde zugekehrten Mondvulkanen her; es war das Verdienst des deutschen Physikers Chladni (1794), diese absurde Begründung wissenschaftlich zu widerlegen. Der größte Meteorit, den man fallen sah, wogt 250 Kilogramm; andere Funde, die nach ihrer Beschaffenheit auch als Meteoriten erklärt werden, sind bedeutend schwerer. So fand man Eisenstücke in Nordamerika, in Mexiko und Grönland, die 10 000 bis 25 000 Kilogramm Gewicht haben, doch handelt es sich hier um Meteorsteine, die nicht während unserer Zeitgrenzen gefallen sind.

Phantastischer Aberglauben.

Es ist erklärlich, daß die merkwürdige Erscheinung des Niederschlags der Steine vom Himmel zu allen Zeiten bei den Völkern zu den aberwitzigsten Auslegungen führen mußte. Man hielt sie für Vorverkündigungen großen Unglücks, von Krieg, Hungersnot und



Meteore im Naturhistorischen Museum.

Bestilenz. Es wird erzählt, daß man im Jahre 1514 einen in Ungarn niedergefallenen großen Meteor mit Ketten in der Kirche anschnürte, damit er nicht wieder davonfliegen könne. Schon vor Jahrtausenden waren Griechen und Chinesen Meteoriteinfälle bekannt, sie deuteten sie richtiger nach dem Grad ihrer naturwissenschaftlichen Erkenntnisse als die europäischen Gelehrten des achtzehnten Jahrhunderts. Die Araber, die ihre Schwerter aus Meteoriten schmiedeten, behaupteten außerdem auch von den Memorer, daß deren Schwerter ihrer Härte wegen aus dem Himmelsmetall gemacht wären. Wie wir aus diesen Ausführungen ersehen, sind die Meteoriten oder Aerolithen die einzigen haben Zeugen des unergründlichen Kosmos, der der Wissenschaft noch Rätsel genug auf den Weg mitgeben wird, ehe die Weltepbummeler im Weltall ihr letztes Wort gesprochen haben werden.

Quer durch den Süden.

Wer aus Berlin heraus will, der benutzt die großen Ausfallstraßen, die sich strahlenförmig von dem Stadtkern verzweigen. Und wer möchte nicht, wenn er zu seinem Bergnügen geht, aus Berlin heraus? Nur ein klein wenig ins Freie. Von Straße zu Straße zu gehen, macht weit weniger Spaß, es sei denn, daß das Auge schon so geschult ist, daß es mit Behagen auffallende Besonderheiten aus den grauen Häuserblocks herausgreift. Es gibt aber einen kurzweiligen Weg, der quer durch das südliche Berlin über freies Feld, durch Kleinfeldung von Park zu Park führt. Man kann ihn am Bahnhof Großgörschenstraße beschreiten.

Durch die festkam verwindelte Kasperstraße steigt man aufwärts und ahnt bereits die Höhe des Tempelhofer Feldes. Von der immer noch hölzernen Monumentenbrücke hat man einen keineswegs genügend gemühdigten Blick auf die hundert Schienenstränge der Anhalter Bahn. Hans Baluschek holte hier seine schönsten Eisenbahnmotive. Jenseits sieht man in der Ferne einen begrüntem Weg ansteigen, die Anhöhe des Kreuzberges. Rechts ab führt die Eglauer Straße zum Tempelhofer Feld. An der Quering der Dreibundstraße eine hübsche botanische Lieberrastung: Uralle gefloppelte Weiden, die in der Dämmerung unheimlich drohen. Der Graphiker Hellmut Krommer hat sie in eindrucksvollen Rahmungen festgehalten. Hoffentlich bleiben sie als Naturdenkmal erhalten. Und dann das Feld, das ehemalige Tempelhofer. Altparkstraßen mit eingeleigten Schienen deuten auf spätere Bestimmung. So schenbert man gemächlich der Siedlung zu. Links schieben sich dunkle Häuserwände ins Feld hinein, Vorposten der haderländischen Kulturwohnhäuser, mit denen das ganze Tempelhofer Feld bebaut werden sollte. Wie es in Wirklichkeit wird, sieht man alsbald: Witten im Feld die Siedlung. Häuschen an Häuschen reiht sich an ländlichen Straßen mit stolzen Namen: Hohenzollernforst, Kanarweg, Parabelstraße. Der wahrhaft pompös klingende Kaiserweg ist aber ein liebes Kleinstadträdchen. Ganz unwirlich wird es hier am Abend. Da meint man fast, man sei weit weg von Berlin, und nur das dumpe Rollen und Stampfen der fernern Stadt zerrt einen in die Wirklichkeit zurück. Im Sommer muß es hier wunderbar schön sein. Für die Kleinsten ist in einer parkähnlich gestalteten Senke ein feines Planschbecken vorhanden. Nur sollte man die Häuschen nach dem Vorbild Bruno Tauts hant anstreichen, rot, blau, gelb, wie's trifft. Das heutige Grau wirkt graulich. Die neueren Bauten sind denn auch schon farblos gelbt.

Von hier auf das gegenüberliegende noch freie Tempelhofer Feld zu kommen, ist gar nicht so leicht, denn jenseits der Straße zieht sich eine tiefe und breite Schlucht hin, die gegraben wurde, um die nach Tempelhof fortzuführende Nord-Süd-Bahn aufzunehmen. Ueber eine Holzbrücke geht es zur asphaltierten Straße, die quer über das Feld führt, bis ein höflicher Drahtzaun Halt gebietet: Der Berliner städtische Flughafen, er speert in sehr feierlicher Weise die Querverbindung nach Neukölln ab. Also muß man am Zaun entlang wandern und durch eine merkwürdig niedrige Pforte in den zum Bezirk Tempelhof gehörenden Volkspark hineinschlüpfen. Ein Glück, daß es unteren umschichtigen Genossen gelungen ist, dieses liebe Stück Natur für die Bevölkerung einzufangen. Hier wartet eine geradezu ideal konstruierte zweispurige Kodelbahn mit überhöhten Kurven des immer noch fehlenden Schnees. Verläßt man an der ruckeligen Pforte den Park, so gelangt man auf einem zwischen dem Garnison- und dem Mohammedanischen Friedhof hindurchführenden Weg zum alten Weichbild Neuköllns. Die ersten Straßen sind nicht sehr ermutigend. Man gräbt sich hindurch, überschreitet die lebhaft

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

14]

„Bitte, füllen Sie diese Flasche mit Kognak, aber mit einem guten; er gehört für meine Mutter, die krank ist.“

„Wie heißt du?“

„Jacques Balcourt.“

„Bist du der Sohn von dem Herrn mit dem schönen blonden Bari?“

„Ja.“

„So, so.“

Sie lachte eigenartig. „Binzenz, füll die Flasche mit Kognak an.“

Ein schmutziger Kellner kam aus einer fetten roten Tapetenlur, die ich vorher gar nicht bemerkt hatte.

„Aber von der guten Sorte, den, den immer Herr Balcourt kauft, er gehört für Frau Balcourt, die krank ist.“

Sie hatte diese Worte in einem so höhnischen Ton gesagt, daß ich vom Kopf bis zu den Füßen errödete, und ich drehte mich ganz mechanisch um, voller Angst, daß jemand zugehört haben könnte. Ein unüberwindlicher Ekel faßte mich; es schien mir, als wollte der Rauch in meinem Körper bringen und mich ersticken. Glücklicherweise kam der Kellner zurück, ich zahlte rasch meine sechzig Centimes und lief fort.

„Sag' Herrn Balcourt, daß ich seiner Frau gute Besserung wünsche.“ rief mir die Wirtin mit ihrer spöttischen Stimme nach.

Ich war ganz außer mir. „Alles erzählt' ich der Mama, so eine Schande.“

Ich war so zornig, daß ich in höchster Eile nach Hause lief und die Stiegen hinaufsteigte, immer vier Stufen auf einmal nehmend. Als ich die Wohnungstür öffnete, prallte ich förmlich mit meinem Vater und dem Möbelhändler zusammen, die im Korridor miteinander sprachen.

„Ah, da bist du ja, Kleiner, bring' rasch deiner Mutter die Medikamente, es ist ihr sehr schlecht.“

Ich grüßte den Möbelhändler und wollte gerade ins Schlafzimmer treten, als der Vater eilig die Tür zu meinem Zimmer öffnete und mich hineinstieß.

Mit einem kleinen dumpfen Knall schloß er ab. Nun hatte er den Kaufmann und mich drangekriegt. Die Stimme des Möbelhändlers, die kurz vorher noch laut und schneidend gewesen war, hatte nun einen sanften Klang. Ich konnte

durch die Tür hören, was mein Vater sagte: „Meine Frau leidet sehr.“

„Wirklich? Was fehlt ihr denn?“

„Gastrisches Fieber und . . .“ hier wurde die Stimme des Vaters so leise, daß ich nichts mehr verstehen konnte, aber dann setzte er ganz laut hinzu: „Wenn Sie wüßten, was für ein wahnsinniges Geld mich ihre Krankheit kostet; unter uns gesagt, eine Frau, die krank ist, richtet einen zugrunde; aber sie hat schon so viel für mich getan, daß ich ihr dieses Opfer bringen muß.“

Eine Tür ging, und ich konnte das Ende des Gesprächs nicht mehr hören.

Ich zitterte vor Empörung; so hatte mich meine böse Ahnung nicht betrogen.

„Ich werde alles der Mama sagen, alles sag' ich ihr,“ stammelte ich.

„Was willst du deiner Mutter sagen?“ Er stand vor mir, ich bebte und wurde afschahl, aber ich verlor den Mut nicht: „Das, was ich gehört habe.“

„Was hast du denn gehört? Es ist ja richtig, daß deine Mutter sehr zart ist, daß man auf ihre Gesundheit sehr achten muß und . . .“ (hier verzerrten sich seine Züge) „gib mir die Flasche.“

Er riß sie mir gierig aus der Hand, versenkte sie in die Tasche, packte mich an beiden Schultern und rüttelte mich; seine Augen waren mit Blut unterlaufen; noch nie hatte ich ihn so gesehen.

„Und wenn du nur ein einziges Wort erzählst, werde ich dich so prügeln, bis du dich nicht mehr rühren kannst. Verstanden?“

Kein Laut kam über meine festgeschlossenen Lippen.

„Kannst du nicht antworten?“ Eine Ohrfeige entthob mich der Antwort.

„Jetzt geh' in die Küche, Erdäpfel schälen und denk' über das, was ich dir gesagt habe, gut nach.“

Er stieß mich in den Korridor und brumnte weiter über den Kopf, den man schon mit Stockhieben unterkriegen würde; ging es nicht im guten, so mußte es eben auf andere Art gehen.

Ich begab mich in die Küche, aber ich konnte nicht das Messer finden, das man zum Schälen der Erdäpfel brauchte. Wahrscheinlich ist es im Speisezimmer, dachte ich und wollte es dort holen.

Der anstehende Raum war das Schlafzimmer meiner Eltern. Ich konnte ganz deutlich die heftige und schneidende Stimme der Mutter hören.

„Wenn du dir vielleicht einbildest, ich wüßte nicht, daß der Möbelhändler hier gewesen ist, so täuschest du dich.“

„Ich verlässere dir noch einmal, Liebste . . .“

Meine Mutter sagte nun in strengem Tone: „Lüge gefälligst nicht, ich habe ja seine Stimme erkannt, wann wirst du ihn bezahlen?“

„Morgen.“

„Morgen, also niemals.“

„Aber Liebste, ich schwöre dir . . .“

„Ach, was hast du mir schon alles geschworen! Einmal mehr oder weniger, was liegt daran? So kann's nicht weitergehen, ich schäme mich so sehr vor meiner Mutter, daß ich es vermeide, mit ihr zu sprechen. Du arbeitest nichts mehr, liegst den ganzen Tag im Bett und hast auch wieder zu trinken angefangen; schwöre nicht wieder, ich weiß ohnehin alles. Jetzt hast du gerade Kognak gerunken. Glaubst du denn, daß ich es nicht rieche? Ist's vielleicht nicht wahr?“

„Aber Mäme, ich schwöre dir . . .“

„Jetzt schwörst du wieder; du bist der abgefeimteste Lügner, der je gelebt hat; jetzt sag' ich dir das eine: von morgen an wirst du wieder mit dem Zug, der um sechs Uhr vierzig geht, nach Kamech fahren; seit zwei Monaten bist du nicht mehr dort gewesen; du wirst mir deine Aufrüge zeigen, und ich verbiete dir zu trinken, verstehst du mich? . . . und . . . du wirst wohl nicht die Ruchlosigkeit so weit treiben, Jacques um diesen scheußlichen Kognak zu schinden?“

„Du hast das Recht, mir Vorwürfe zu machen, aber nicht mich zu beschimpfen.“

„Schon gut, laß lieber die großen Worte; wenn du ihn jemals in ein Wirtshaus schickst, reiche ich um die Scheidung ein, hast du mich verstanden?“

Schweigen.

„So antworte doch; du weißt, daß ich eine Antwort haben will.“

Ich hörte ein dumpfes Geräusch.

„Mäme, Mäme, ich bin so unglücklich, zank nicht mit mir.“

„Aber steh' doch auf, steh' auf, das ist ja lächerlich.“

„Nicht bevor du mir verziehen hast.“

„Du schwörst mir, daß du nicht mehr trinken wirst?“

„Ja, ich schwöre es beim Haupt unserer Kinder.“

„Versprichst du mir, von morgen an ernstlich zu arbeiten?“

„Jawohl, ich verspreche es dir.“

Ich hörte einen Kuß, der Verzeihung gewährte.

(Fortsetzung folgt.)

Geburten und Sterbefälle in Berlin.

Das Jahr 1926 ohne Geburtenüberschuß!

Die Ergebnisse der für Berlin eingegangenen Meldungen von Geburten und Sterbefällen in 1926 werden jetzt in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ (herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin) mitgeteilt. Vom Standpunkt des Bevölkerungspolitikers aus, kann man sie nicht als günstig bezeichnen.

Mit 45 082 Lebendgeborenen bleibt das Jahr 1926 um fast 2000 hinter dem Vorjahr zurück, aus dem 47 071 Lebendgeborene gemeldet wurden. Seit Kriegsende hat im heutigen Stadtgebiet die Geburtenlust sich in einem schon zweimaligen Auf und Ab bewegt. Die Jahre 1919 und 1920 ergaben 51 997 und 63 614 Lebendgeborene, bis 1920 war also eine außerordentliche Zunahme zu verzeichnen. Danach trat Ebbe ein, und aus 1921, 1922, 1923 wurden nur 53 901, 45 686, 58 924 Lebendgeborene gemeldet. Man beachte den raschen Abstieg von 1920 zu 1923, von 63 614 auf 53 924! Zu einem neuen Aufstieg kam es in 1924 und 1925 mit 41 546 und 47 071 Lebendgeborenen. Aber schon 1926 hat nun einen erneuten Abstieg gebracht. Die ganze Bedeutung des auf 45 082 zurückgegangenen Ergebnisses von 1926 wird klar, wenn man es mit den Geburtenzahlen der Jahre vor dem Kriege vergleicht. Aus dem Jahre 1913 wurden für das Gebiet des heutigen Berlin 76 665 Lebendgeborene gemeldet. Hinter diesem Ergebnis bleibt das von 1926 um 31 583 zurück, um reichlich 41 Proz. Auf das Tausend der jeweiligen Bevölkerungszahl kamen Lebendgeborene in 1913 noch 19,3, in 1919 und 1920 13,7 und 16,5, in 1921, 1922, 1923 13,8, 11,6, 9,9, in 1924 und 1925 10,5 und 11,7, in 1926 11,0.

Andererseits hat in Berlin die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) sich bewegt. Sie stellt sich für 1926 auf 45 371, noch etwas niedriger als für 1925, wo 45 651 Sterbefälle gebucht wurden. In den seit Kriegsende verstrichenen acht Jahren hat die Zahl der Sterbefälle eine Verminderung erfahren, die nur wenig unterbrochen wurde. Sie war in 1919 und 1920 55 000 und 55 735, sank in 1921 auf 47 012, stieg in 1922 vorübergehend auf 52 984 und sank dann ohne Unterbrechung in 1923, 1924, 1925, 1926 auf 49 832,

47 179, 45 651, 45 371. Aus 1913, dem letzten Jahre vor dem Kriege, waren 49 930 Sterbefälle für das heutige Stadtgebiet gebucht worden. Hierbei ist aber zu beachten, daß an der Gesamtzahl der Sterbefälle die Kinder des ersten Lebensjahres damals mit noch 10 996, in 1926 dagegen nur noch mit 3846 beteiligt waren. Die Gesamtzahl der Sterbefälle stellte sich pro Tausend der jeweiligen Bevölkerungszahl in 1913 auf 12,3, in 1919 bis 1926 auf 14,5, 14,2, 12,1, 13,5, 12,7, 12,0, 11,3, 11,1. Die Verminderung der Sterbefälle tritt hier noch deutlicher hervor. Sie ist auch 1926 nicht zum Stillstand gekommen.

Aus den Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen ergibt sich die Höhe des Geburtenüberschusses. Einige der oben genannten Jahre brachten, weil die Geburtenzahl niedrig blieb und gleichzeitig die Zahl der Sterbefälle stieg, überhaupt keinen Geburtenüberschuß. Sie schlossen mit einem Defizit ab — und zu diesen Verlustjahren gehört auch 1926. Vor dem Kriege hatte 1913 einen Uberschuß der Lebendgeborenen in der beträchtlichen Höhe von 26 735. Nach dem Kriege brachte 1919 noch ein Defizit von 3003. Dann ergaben 1920 und 1921 Uberschüsse von 7879 und 6889. Aber in 1922, 1923, 1924 kam es wieder zu Defizits in Höhe von 7298, 10 908, 5633. Mit einem kleinen Uberschuß von 1420 schloß 1925 ab. 1926 weist wieder ein kleines Defizit von 289 auf.

Hohe Sterblichkeit könnte durch hohe Geburtenzahlen ausgeglichen werden, doch daran fehlt es. Der Geburtenrückgang ist nicht eine Erscheinung erst der neuesten Zeit, aber die als Hinterlassenschaft des Krieges über uns hereingebrochene Not unserer Zeit hat den Geburtenrückgang verschärft. Auch das gehört zu den Kosten des Krieges, deren Rechnung bekanntlich immer erst nach dem Kriege präsentiert wird. Doch es nach dem Kriege zunächst zu einer plötzlichen Zunahme der Geburten kommen werde, was als ein natürlicher Vorgang vorauszu sehen. Ebenso sicher war aber, daß diese Zunahme nicht von langer Dauer sein konnte. An der Grundrichtung, dem Rückgang der Geburtenzahl, wird durch vorübergehende Umkehr nichts geändert.

Hermannstraße und die noch lebhaftere Berliner Straße, von der die Untergrundbahn sehr viel Verkehr abführt, der sie aber auch ihren einstmals produktiven Baumbestand hat opfern müssen. Hier Rathaus mit imponierendem Turm, dort Warenhaus mit imponierender Front.

Nun geht's scharf auf Treptow, dem Ziele dieser Wanderung zu. Über unterwegs mitten Häuserblocks noch einmal eine freudige Überraschung. Da hat ein moderner Baukünstler, Bruno Taut, dem einst unwirtlichen Steppenland seinen Willen aufgezwungen. In einer prächtigen Wohngegend Großmietshäuser, aber keine Kasernen mehr. Charaktervolle Häuser, die zum Eintreten und Verweilen einladen, sind hier entstanden. Und dann erfrischten Sinnes durch unerselige Straßen und Gelände nach Treptow. Den Park und seine Straßen kennt man. Inzwischen ist es Abend geworden. Geheimnisvoll leuchten nun vertraute Sternbilder aus dem Dunkel. Wir folgen dieser einzigartigen und wirklich vornehmen Villa und gelangen zur Treptower Sternwarte, die der merkwürdige Berliner bei weitem nicht noch Gebühre schätzt. Das Bildungsamt des Bezirks Treptow hat sich dankenswerterweise dieses Institut zunutze gemacht und läßt die Kinder in lehrreiche und unterhaltende Filme führen. Das ist tatsächlich die einzig wirkliche Bekämpfung von Schand.

Im ganzen eine zwar ungewöhnliche Wanderung, die aber, da sie durch viel freies Gelände führt, erfrischend ist. Und sie ist auch für Alte und Junge lehrreich und unterhaltsam, und kann dazu helfen, daß die Berliner ihre gewaltige Heimatstadt kennen und achten lernen. Und vielleicht auch ein wenig lieben.

Die Augsburgener Blutsbrüderschaft.

Ausflug dreier fünfzehnjähriger „Räuber“.

Eine dreiköpfige Bande von fünfzehnjährigen angehenden Räubern wurde von der Kriminalpolizei am Lehrter Bahnhof festgenommen. Dort trieben sich seit einigen Tagen drei Büschchen draußen und in den Wartesälen umher, ohne daß man zunächst wußte, woher sie kamen und was sie wollten. Endlich hielt man sie an und jetzt ergab sich, daß es Abenteurer waren, die auf Raub ausgehen wollten.

Die drei fünfzehnjährigen kamen aus Augsburg. Dort hatten sie „Blutsbrüderschaft“ geschlossen. Die Bestätigung führten sie auf einem Stück steifer Pappe mit sich. Sie lautete: „Wir drei wollen uns auf zwei Jahre zu einer Blutsbrüderschaft zusammenschließen. Moos, Ludwig, K.“ Der dritte hatte es nicht für ratsam gehalten, seinen Vornamen auszusprechen. Jeder hatte seine Unterwäsche mit einem Tropfen seines eigenen Blutes geirrt. Geld für einige Anschaffungen und die Reise nach Berlin hatten sie den mütterlichen Wirtschaftskassen entnommen. Ihr erster Angriff galt nämlich der Reichshauptstadt. Die wollten sie „plündernd durchziehen“, um dann mit reichen Schätzen auf einem Schiff das Ausland aufzusuchen. Zunächst kauften sie sich jeder einen Kufsch und dann gemeinsam einen Revolver, einen großen Dolch und schwarze Masken. Sie mußten aber an verständige Verkäufer geraten sein, denn der Trommelrevolver ist ein ganz kleines Ding, mit dem nicht viel Unheil angerichtet werden kann, und der Dolch ist zwar groß, aber — seine Spitze ist abgebrochen. Mit ungewöhnlich bösen Sitten und sehr warmem Unterzeug angezogen, traten die fünfzehnjährigen Räuber ihre Reise an. Soweit das Geld reichte, fuhren sie mit der Eisenbahn, dann gingen sie zu Fuß weiter, um in Berlin nicht ganz ohne Mittel anzukommen. Hier war nun alles so weit fertig, daß sie mit ihren „Beuteschätzen“ hätten beginnen können. Es fehlten ihnen nur noch Gummischuhe für die schwarzen Masken. Mit Stripsen wollten sie diese nicht verbinden, weil das „zu gewöhnlich“ ausgesehen hätte. Bedarf sie jedoch jemanden fanden, der ihnen Gummischuhe hätte anmieten können, nahm die Kriminalpolizei sie in Gewahrsam, um sie unter starker Wache nach Augsburg zurückzuführen. Was sie dort bei Vater und Mutter erleben werden, wird vielleicht ihren Abenteuerdrang bis auf weiteres befriedigen.

Eine Schulkatastrophe.

Die Kirche wird gebaut, die Schule vergessen.

Für die Stiehlung am Tempelhofer Feld, für die jetzt eine Kirche gebaut wird, gibt es noch immer keine Schule. Von den 300 Kindern, die gegenwärtig die Grundschule in 10 Klassen besuchen, ist ein Teil in den Holzbaracken des „provisorischen“ Gymnasiums am Tempelhofer Feld mehr schlecht als recht untergebracht. Drei Klassen werden in Väden unterrichtet, eine Klasse ist „fliegend“, d. h. sie muß leben, wie sie unterkommt, wenn ein Klassenraum leer wird. Die der Grundschule entwachsenen Kinder müssen zu Fuß oder per Straßenbahn weite Wege zurücklegen, um zur unterzukommen.

Dieser Schulskandal, für den die völksparteilich-deutschnationale Bezirksverwaltung von Tempelhof die volle Verantwortung trifft, droht sich zu Ostern zur Katastrophe auszuweiten, wenn nicht schleunigst eingegriffen wird. Von den 300 Kindern der Grundschule am Tempelhofer Feld werden zu Ostern 50 umgeschult. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen muß dagegen zu Ostern mit einem Zuwachs von mindestens 180 Kindern gerechnet werden. Zu der einen obdachlosen Klasse werden mindestens vier neue Klassen kommen, die weder in Väden noch in den Holzbaracken des sogenannten Parkgymnasiums untergebracht werden können. Die Bezirksverwaltung Tempelhof plant, diese Klassen nach der Mädchenschule in der Wanteuffelstraße zu verlegen, wodurch die Kinder weite Wege, teilweise von mehr als einer halben Stunde, zurücklegen werden müssen. Man kann sich aber auch sonst den Schulbetrieb vorstellen, wenn ein Teil der Kinder in Väden, ein Teil im Parkgymnasium, ein Teil in der Wanteuffelstraße unterrichtet wird, während ein Teil obdachlos wartet, bis der eine oder der andere Raum frei wird. Denn da nur die Kinder im vierten Schuljahr nach der Wanteuffelstraße geschickt werden sollen, wird es auch im nächsten Schuljahr mindestens eine „fliegende“ Klasse geben.

Nun gab es zwar ein Schulhausprojekt, an dessen Ausführung man „schon“ im letzten Herbst herangehen wollte. Dieses Projekt erwies sich jedoch schon als völlig unzureichend, bevor es noch begonnen war. Außerdem hätte man einen Platz ausgewählt, der ausgerechnet am Kreuzungspunkt dreier Durchgangsstraßen liegt! Man mußte also von vorn anfangen. Das neue Projekt, das an die Verpfehlung der Stiehlung verlegt wird, ist wieder für das Gymnasium bestimmt. Für die Grundschule sind insgesamt 16 Räume vorgesehen, die bei der Fertigstellung, Ostern 1928, bereits überzählig sein werden. 1929 wird es bereits wieder obdachlose Klassen geben! Das allerhöchste aber ist, daß die Deutschnationalen, die ein vollgerüstetes Hof-Schulhaus in diesen Zuständen haben, die Eltern bitten, beim Berliner Magistrat zu fragen, was er gegen diese Zustände zu tun gedenkt.

So geht es wirklich nicht weiter. Wenn die bürgerliche Bezirksverwaltung von Tempelhof diese Schulskandale mit Gleichmut erträgt, vielmehr durch ihre sträfliche Nachlässigkeit hervorruft, dann muß ihr endlich einmal der Marsch geboten werden. Man errichte neben den Schulbaracken eine weitere, um die Kinder Ostern dort unterzubringen. Oder man richte einfach der leerstehenden Stiehlungsbauwerk entsprechend ein. Noch ist es Zeit! Das neue Schulgebäude stelle man aber gleich so her, daß man nicht genötigt wird, im ersten Schuljahr Neubauten vorzunehmen. Aber vielleicht rühren sich einmal auch die Eltern am Tempelhofer Feld, um der Bezirksverwaltung eine schnellere Gangart beizubringen, auch wenn es sich nur um eine Schule und nicht um eine Kirche handelt.

Von einem Auto geschieht. Vor dem Hause Falzburger Str. 73 wurde gestern nachmittag gegen 3 Uhr beim Ueberfahren des Fahrdammes eine noch unbedeutende, etwa neunjährige Schülerin von einem Privatkraftwagen erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Das verunglückte Kind wurde zur Klinik in der Köpenickerstraße geschafft, wo es unmittelbar nach der Einlieferung starb. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Die Sommerfelder Mörder.

Bibrenz auch in Berlin. — Vernehmung Sommer's.

Der zweite Sommerfelder Mörder, Friedrich Bibrenz, ist nun auch in Berlin. Kriminalkommissar Johannes Müller brachte ihn mit seinen Beamten vor Kiel hierher und nach dem Polizeipräsidium. Hier wurde er von Kriminalrat Gennat gleich in den Nachmittagsstunden verhört. Er sagt im wesentlichen daselbe aus wie Kurt Sommer. Ohne Zweifel haben sich die beiden nach der Tat über ihre Aussagen für den Fall, daß sie ergriffen werden sollten, geeinigt. Von Reue zeigt keiner auch nur eine Spur. Weitere Helfershelfer wollen sie nicht gehabt haben. Die geraubten Kleidungsstücke warfen sie unterwegs weg, nachdem sie sich zum Teil schon in Güben mit anderen Zeug, das ihnen besser paßte, versehen hatten. Die Verhafteten werden beide unter dem dringenden Verdacht des Mordes und Raubes dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Der Sommerfelder Mörder Kurt Sommer wurde im Laufe des Vormittags von Kriminalrat Gennat und Kommissar Dr. Brahmwig eingehend verhört. Er ist jetzt in vollem Umfang geständig. Mit seinem Komplizen Friedrich Bibrenz hatte er früher schon einmal einen Ausbruch aus der Fürsorgeanstalt Wilhelmshof bei Mustau geplant. Dabei war auch schon die Rede davon gewesen, daß sie sich bei Tschentke in Sommerfeld Geld verschaffen wollten. Als jetzt das Entweichen gelang, wurde dieser Plan wieder aufgenommen. Bibrenz erklärte sich mit allem einverstanden. Mittellos wie sie waren wanderten sie zu Fuß nach Sommerfeld. Einmal übernachteten sie in einem Heuschäber. Die Absicht, das Ehepaar Tschentke zu töten, hatten sie, wie Sommer versichert, nicht. Sie versteckten sich in der Laube, bis alles ruhig geworden war. Dann drückten sie die Scheibe ein, stiegen durch das Fenster ein und durchsuchten den Laden und die Ladenkasse nach Geld. Unterdessen erwachte Tschentke und kam in den Laden herein. Bibrenz stürzte sich sofort auf ihn. Jetzt kam auch die Frau, die den Alarm hörte, und über sie fiel Sommer her. Die Eheleute wurden überwältigt, wieder ins Bett gelegt, gefesselt und gefesselt. Die Räuber glaubten nicht, daß sie tot seien, die Anebel hätten sie nur am Schreien verhindern sollen. So behauptet wenigstens Sommer. Nachdem sie die Körper zugebedet hatten, blieben sie wohl noch eine Stunde in den Räumen und erbeuteten im ganzen 1500 bis 1600 Mark, die sie sich teilten. Was Bibrenz im einzelnen mit Tschentke gemacht hat und womit er ihm die Kopfblöße verleiht hat, will Sommer nicht wissen.

Der Pastor als „Herr auf dem Hofe“.

Unsere Lesern ist wohl die Friedhofsskizze von Teupitz noch in frischer Erinnerung, die Selbstherrlichkeit des Direktors der dortigen Landesanstalt, der auf dem Anstaltsfriedhof einen von der Teupitzer Reichsbanner-Ortsgruppe an den Kriegsergräbern niedergelegten Ehrenkranz wegnehmen ließ. Als der Direktor auf Beschwerde des Vorsitzenden der Reichsbanner-Ortsgruppe von dem Innenminister Seering gerügt wurde, schrieb er dem Vorsitzenden, er habe wie ein „Herr auf seinem Hofe“ gehandelt und die ohne sein Vorwissen ausgeführte Kranzniederlegung nicht dulden zu können geglaubt. Jenes Wort des Anstaltsdirektors fällt uns ein bei der uns zugehenden Meldung über das Verhalten eines Berliner Pastors, der auf dem Friedhof der Parochialgemeinde (Vogelgraber Straße) bei der Bestattung des Steinbruders Georg Schütz dem Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindruckers, als dieser dem Verstorbenen einen Abschiedsgruß widmete, mit einem gänzlich unberechtigten Redeverbot entgegentrat.

Der Verbandsvertreter, Genosse Landa, legte an der offenen Gruft des nach dreißigjähriger Verbandszugehörigkeit verstorbenen Kollegen einen Kranz nieder und sagte etwa: „Am Namen des Verbandes der Lithographen und Steindruckers überbringe ich die letzten Grüße der Kollegenschaft.“ Der verstorbene Kollege — Doch er kam nicht weiter, denn der Pastor trat dazwischen und erklärte in bestimmtem Ton: „Hier darf nicht gesprochen werden, die Kirchenordnung verbietet das.“ Ich mache Sie auf die geschlichen Folgen aufmerksam.“ Die „geschlichen Folgen“ wären wohl, nach Meinung des Herrn Pastors, eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs und die Beurteilung des Kollegen, der den Verstorbenen ehren wollte. Man kann sich denken, daß der peinliche Austritt diese Erregung in der Trauergemeinde, bei den Kollegen und auch bei den Angehörigen des Toten, hervorrief. Die Kirchengemeinde ist Herr auf ihrem Friedhof, das wissen wir. Aber die Berechtigung des Redeverbotes bestreiten wir. Unter keinen Umständen darf die Kirche ihr „Herrschaft“ so weit treiben, wie es hier geschehen ist. Wenn der Pastor als Vertreter der Kirchengemeinde gegen die verneinliche „Rede“ vorchristlichem Einspruch erheben zu müssen glaubte, so hätte es genügt, das nachher zu tun. Das angeblich berechtigte Interesse der Kirche konnte nicht so weit gehen, daß der Pastor dem Verbandsvertreter ins Wort fallen und ihn hindern durfte, die kurze Widmung zu Ende zu sprechen. Die Kirche verlangt, daß man ihre Feiertage respektiert, und der Staat stellt sich auf die Seite der Kirche, indem er durch Gesetz die Störungen gottesdienstlicher Handlungen mit

Strafe bedroht. Wir verlangen, daß auch die Niederlegung eines Kranzes am offenen Grabe, wenn sie von einigen Worten der Widmung begleitet ist, nicht durch Störendes Dazwischentreten eines Pastors in ein Vergernis verwandelt wird.

Pastor Held scheint übrigens selber eingesehen zu haben, daß sein Vorgehen verkleinend wirken mußte. Er wandte sich nach der Bestattung mit ein paar persönlichen Worten des Bedauerns an den Verbandsvertreter, aber den üblen Eindruck seines Verhaltens konnte er nicht vermissen. Was er angerichtet hat, wird ihm selber keine Freude machen. Wer solche Ausfälle miterlebt, zieht daraus seine Lehre und wendet der Kirche den Rücken.

Die Kriegsbeschädigten sollen leer ausgehen.

Eine Protestversammlung des Reichsbundes.

Im überfüllten Saale des Berliner Gewerkschaftshauses hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsergriffenen eine Protestversammlung gegen die Streichung von 100 Millionen Mark im Versorgungshaushalt des Reichswehrministeriums für das Jahr 1927 ab. Der Hauptredner Ebert stellte diese Streichung in Gegensatz zu der Zahlung hoher Pensionen an ehemalige Offiziere, die in einzelnen Fällen über 16 000 M. im Jahre hinausgingen. Seine Ausführungen lösten in der Versammlung große Erregung und Zwischenrufe aus. Die Aufforderung des Vertreters des Internationalen Bundes, gemeinsame Demonstrationen gegen die Maßnahmen der Reichsregierung zu unternehmen, fand Zuzustimmung in den Ausführungen des Vorsitzenden des Reichsbundes, Pfänder. Dieser wies auf den unermesslichen Schaden hin, den die Spaltung der Kriegsoffiziersbewegung vor acht Jahren, die durch den Internationalen Bund ersetzt sei, angerichtet habe. Gegen eine Stimme fand eine Entschließung Annahme, in der die Kriegsoffiziere statt der Streichung von 100 Millionen Mark eine Verbesserung der Versorgung forderten.

Forderung nach einer neuen Polizeistunde.

Eine bemerkenswerte Eingabe richtete das Präsidium der Arbeitsgemeinschaft für Volksge sundung, eine Gemeinschaft von mehr als 300 kulturellen und Wohlfahrts-, Frauen- und Jugendverbänden, an den preussischen Minister des Innern. Nachdem eingehend die sozialen, gesundheitlichen und sittlichen Schäden dargestellt worden, die ein Ergebnis der augenblicklichen Regelung sind, wird die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung des Schanckonzessionswesens erhoben, da eine schematische Verlängerung der Polizeistunde zu einem höchst unbefriedigenden Ergebnis geführt hat. Nach dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft für Volksge sundung soll die überwiegende Mehrheit der Lokale auf eine verhältnismäßig frühe Polizeistunde beschränkt werden, die für Stadt und Land zwischen 10 und 11 Uhr festzulegen wäre. Eine Anzahl Lokale in unmittelbarer Nähe der Verkehrszentren (Bahnhöfe und Theater) sollte eine um eine bis 1½ Stunden verlängerte Schanckonzession erhalten. Endlich wäre daran zu denken, einer beschränkten Anzahl von Betrieben in den größten Städten gegen erhöhte Steuerleistung und bei regelmäßiger polizeilicher Überwachung eine Konzession als Wirtschaften zu erteilen, welche die ganze Nacht geöffnet sein können. Diesen Lokalen ist dann jedoch die Erlaubnis zur Bewirtschaftung während des Tages und während der frühen Abendstunden zu erteilen. Trotz der großen Bedenken, die grundsätzlichen gegen Wirtschaften bestehen, welche die ganze Nacht geöffnet sind, würde eine derartige Regelung doch vielfach die Möglichkeiten bieten, für die breiten Kreise der Bevölkerung eine vernünftige und zweckmäßige Regelung der Polizeistunde zu finden.

Feuer im ehemaligen Kronprinzenpalais.

Die Feuerschicht wurde gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr nach dem ehemaligen Kronprinzenpalais, Unter den Linden, gerufen. In einem Ausstellungssaal, in dem sich vornehmlich Gemälde von Sievogl befanden, war der Fußboden, das Balkenlager und die Wandbefestigung in Brand geraten. Während die Löscharbeiten nur kurze Zeit dauerten, nahmen die Ausräumungsarbeiten über eine Stunde in Anspruch. Durch eine schadhafte Stelle im Schornstein drangen Flammen und brachten einen Balken zur Entzündung; dann trat das Feuer sich nach oben weiter. Kunstschätze sollen nicht beschädigt worden sein. Der Vorfall hatte in der verkehrsreichen Straße eine große Menschenansammlung zur Folge.

Du bist krank

und zerbrichst Dir den Kopf, woher dies kommt. Oe Stuhlverstopfung ist in sehr vielen Krankheitsfällen die Ursache. Wichte auf eine normale Darmtätigkeit und Du bist gesund! Wie Du das machst? Mit dem vorzüglichen Lacin, dem lindern, wohlschmeckenden, sicher wirkenden Abführmittel.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

1. Kreis Wedding, Bildungsausschuss: Die vorausgaben Rollen für Raum...

4. Kreis Prenzlauer Berg, Dessenliche Kommissionsammlung am Freitag, 11. Februar...

11. Kreis Schöneberg-Teichmann, zur Rundgebung am Donnerstag im Sportpalast...

30. Abt. 7 Uhr abends in folgenden Lokalen: Bezirks 90-94 bei Bogh...

34. Abt. 7 1/2 Uhr bei Beitz, Remeler Str. 62, Schladenb.

37. Abt. Schöneberg, 7 1/2 Uhr abends in allen Bezirken mit Referenten...

Wagner - Theater, Das blonde Wunder, Casino-Theater, Neues Theater am Zoo, Rose-Theater, Zentral-Theater, Metalbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Volksbühne, Komische Oper, HALLER, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verkäufe, Besantmachung.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Morgen, Donnerstag, 10. Februar: 9. Abt. Zur Protestkundgebung treffen sich die Mitglieder am Donnerstag...

Jungsozialisten: Gruppe Dfka: Der Beginn unserer Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der...

Frauenveranstaltungen: 17. Kreis Lichtenberg, Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 10. Februar, fällt der...

Volksbühne, Komische Oper, HALLER, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verkäufe, Besantmachung.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

Metallbetten, HUNDE, Tierärztliche Poliklinik, Neue Welt Bockbierfest.

14. Abt. Donnerstag, 10. Februar, Beihiligung des Kaufmannsverbandes...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Zur Rundgebung im Sportpalast morgen, Donnerstag, 7 Uhr, Treffpunkt...

Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Wedding: Jugendheim Egebergstraße...

17. Kreis Lichtenberg, Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 10. Februar, fällt der...

NUGGET, Schuhe sind Kunstwerke, Sie müssen also gepflegt werden. Die richtige Pflege bedeutet lange Lebensdauer und elegantes Aussehen des Schuhs.

Verkäufe, Musikinstrumente, Fahräder, Kaufgesuche, Geübte Draht- und Fadennettmacherinnen.